

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 23. März 1977
am Donnerstag, dem 24. März 1977

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	20, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	22, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	3, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	18, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	11, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	12, 30 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5, 31 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	15, 32 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	16, 34 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	19, 35 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	6, 35 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	2, 39 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	9, 39 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	2, 40 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	2, 40 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	2, 40 *)

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

1. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Bis wann ist die Bundesregierung bereit, einen Gesetzentwurf zur Anpassung der unterschiedlichen Vorschriften über die Duldungspflicht der Mieter bei der Modernisierung von Mietwohnungen auf Grund des § 541 a BGB und des § 20 des Wohnungsmodernisierungsgesetzes vorzulegen?
2. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Von welchen Erfahrungswerten über die durchschnittlichen Bau- und Mietkostensteigerungen einerseits und die Ersparnis des Einzel- und Gesamtenergieverbrauchs andererseits durch energiesparende Maßnahmen geht die Bundesregierung bei der Vorbereitung der Durchführungsverordnungen zum Energieeinsparungsgesetz aus, und inwieweit wird durch die vorgesehenen Energiesparungsmaßnahmen die bauliche Gestaltungsfreiheit eingeschränkt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

3. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD) Welche Forschungsschwerpunkte im Bereich der Reaktorsicherheitsforschung werden von der Bundesregierung gefördert, und welche Mittel werden hierfür aufgewandt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

4. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Welche Hilfeleistungen sind in welcher Höhe seit dem Sturz der Regierung Gaetano deutscherseits an Portugal erfolgt bzw. zugesagt oder in Aussicht gestellt, und welches sind die entsprechenden Beträge für die Zeit vor diesem Ereignis?
5. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Auf Grund welcher Erwägungen kündigt die Bundesregierung erneut an, das kommunistische Vietnam werde deutsche Entwicklungshilfe erhalten, und besteht danach „Friedenspolitik“ für die Bundesregierung in der Erstattung der Kosten kommunistischer Aggressionen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

6. Abgeordneter
Wüster
(SPD) In welcher Form will der Bundeswissenschaftsminister die Vorschriften der Ausbilder-Eignungsverordnung der erhöhten Nachfragesituation nach Ausbildungsplätzen anpassen, damit eine möglichst hohe Ausbildungskapazität für die geburtenstarken Jahrgänge zur Verfügung steht, und soll in diesem Zusammenhang die Frist für den Prüfungsnachweis über den 1. September 1977 hinaus verlängert werden?

7. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die in der öffentlichen Diskussion vorgetragene Befürchtung, die weitgehende Zurückdrängung des Deutschunterrichts in der reformierten Oberstufe schaffe, da die große Mehrheit der Schüler nur an den wenig effizienten Grundkursen teilnimmt, einerseits sprachlich mehr oder weniger unbeholfene und damit unmündige junge Bürger, andererseits in Gestalt der an den sogenannten Leistungskursen teilnehmenden Minderheit eine „neue Elite“, ein Effekt, den die Reformer zu allerletzt beabsichtigt hatten (Kölner Stadtanzeiger vom 19./20. Februar 1977), und, wenn ja, welche Folgen kann sie daraus ziehen?
8. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung es für richtig, daß die Entscheidung der Schüler für oder gegen das Fach Deutsch als Leistungsfach von einem Einführungskurs abhängig gemacht wird, der in nur drei Wochenstunden die deutsche Sprache in „trockener Begrifflichkeit“ und einem Übermaß an Abstraktion vorführt und auf diese Weise eher abschreckend als informierend und werbend wirkt, und sieht die Bundesregierung nicht auch hier negative Folgen einer überwuchernden „Verwissenschaftlichung“ des Unterrichts, und wenn ja, kann sie dem im Rahmen ihrer Zusammenarbeit mit den Ländern entgegenwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

9. Abgeordnete
Frau
von Bothmer
(SPD)
- Ist die Einstufung der CISNU durch den Verfassungsschutz als „terroristische Organisation“ als zutreffend zu bezeichnen?
10. Abgeordnete
Frau
von Bothmer
(SPD)
- Treffen Meldungen zu, wonach Einreiseersuchen persischer Studenten generell mit der Begründung abgewiesen wurden, daß die guten Wirtschaftsbeziehungen zum Iran gerade der letzten Zeit die Aufnahme von eventuellen iranischen Regimegegnern als nicht geraten erscheinen ließen, gleichgültig der Tatsache gegenüber, ob diese Personen etwa im Iran an Leib und Leben gefährdet sind?
11. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Entschädigungsregelung für Fluglärmgeschädigte nach den gleichen Grundsätzen zu gestalten, wie dies für durch Straßenverkehrslärm Geschädigte in § 42 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes geregelt und durch eine Verordnung zur Zeit konkretisiert wird?
12. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung, falls sie sich nicht zu dieser Gleichbehandlung verstehen könnte, bereit, zumindest anstelle von Auflagen in Schutzzone 2 mit Empfehlungen zu arbeiten?
13. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Pensionen der Ruhestandsbeamten und Beamtenwitwen in vielen Fällen, oft bis in den höheren Dienst, nicht ausreichen, um die mit der Unterbringung in einem Alten- oder Altenpflegeheim verbundenen Kosten zu bestreiten, und daß dieser Personenkreis deshalb weitgehend auf die zu Lasten der Gemeinden gehende Sozialhilfe angewiesen ist?

14. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung — insbesondere unter Berücksichtigung des für das geltende Beamtenrecht maßgeblichen Alimentationsprinzips — zu tun, um den betroffenen Versorgungsempfängern den Weg zum Sozialamt zu ersparen und die ohnehin finanzschwachen Gemeinden zu entlasten?
15. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Gesetzt den Fall, daß in einer deutschen Großstadt mit einer Einwohnerzahl von rund ein bis eineinhalb Millionen Menschen eine ähnlich schwere Erdbebenkatastrophe erfolgt wie jüngst in Rumänien, Norditalien oder der Volksrepublik China, wären die derzeit verfügbaren und ausgerüsteten Katastrophenschutzorganisationen bei Bund und Ländern in der Lage, die dafür erforderlichen Hilfs- und Schutzmaßnahmen in ausreichendem Maß schnellstmöglich zu leisten?
16. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Sollte dem nicht so sein, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um für eine ausreichende Ausstattung des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland Sorge zu tragen?
17. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Sportminister der UdSSR, Pawlow, auf die Frage der Tageszeitung „DIE WELT“, ob bei den Olympischen Spielen 1980 in Moskau Westberliner Sportler in der Mannschaft der Bundesrepublik Deutschland auftreten können, geantwortet hat: „Die Westberliner Sportler werden nicht abseits stehen“, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Antwort?
18. Abgeordneter
Dr. Lenz
(Bergstraße)
(CDU/CSU)
- Wie vereinbart die Bundesregierung die Feststellungen ihrer Antwort auf meine Fragen Nr. 85 und 86 aus der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 2. März betr. Flugverkehr über dem Kernkraftwerk Biblis mit der Antwort des Bundesverteidigungsministers vom 1. September 1976 auf mein Schreiben vom 9. August 1976?
19. Abgeordneter
Dr. Lenz
(Bergstraße)
(CDU/CSU)
- Warum hat die Bundesregierung es unterlassen, mich von den Ergebnissen ihrer Überprüfungen des Flugverkehrs über dem Kernkraftwerk Biblis zu unterrichten, nach dem mir der Bundesverteidigungsminister kurz zuvor die obenstehende Antwort erteilt hatte?
20. Abgeordneter
Dr. Ahrens
(SPD)
- Hält die Bundesregierung in Anbetracht der Arbeitsmarktsituation die Regelung des Artikels 3 § 1 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 noch für zeitgemäß, die die Möglichkeit, sich als Beamter auf Lebenszeit auf Antrag in den Ruhestand versetzen zu lassen, vom 62. auf das 63. Lebensjahr verschoben hat?
21. Abgeordneter
Dr. Ahrens
(SPD)
- Wann wird die Bundesregierung eine Änderung des Artikels 3 § 1 des Haushaltsstrukturgesetzes vorgelegen?
22. Abgeordneter
Dr. Penner
(SPD)
- Kann die Bundesregierung darauf hinwirken, daß Änderungen der Abmessungen von Sportstätten durch Sportverbände künftig jeweils nur unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten der Träger des Sportstättenbaus, insbesondere der Städte und Gemeinden, geschehen?

- | | |
|---|---|
| 23. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) | Welche Auswirkungen hat nach Meinung der Bundesregierung das Urteil des Verwaltungsgerichts Freiburg bezüglich des Kernkraftwerks Wyhl auf die weitere Genehmigung von Kernkraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland? |
| 24. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) | Wie stellt sich die Bundesregierung die Elektrizitätsversorgung revierferner Bundesländer vor, wenn in den nächsten Jahren keinerlei Kernkraftwerke mehr entsprechend dem Wyhler Urteil genehmigt werden? |
| 25. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) | Sind die bestehenden Sicherheitsmaßstäbe für Kernreaktoren einheitlich auf alle Reaktortypen anwendbar, und welche speziellen Sicherheitsprobleme sind mit den fortgeschrittenen Prototypreaktoren Hochtemperaturreaktor und Schnellbrutreaktor verbunden? |
| 26. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) | Welche sicherheitstechnischen Probleme wirft die Stilllegung einer nuklearen Anlage auf? |
| 27. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung den Standard der Sicherheitsanforderungen an deutsche Kernkraftwerke im internationalen Vergleich? |
| 28. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) | In welcher Hinsicht hält sie Verbesserungen des deutschen Standards für nötig und möglich? |
| 29. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD) | Wie hat sich die Gesetzgebung auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit in den letzten Jahren entwickelt, und welche Veränderungen hält die Bundesregierung für nötig? |
| 30. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, auf Grund des Urteils des Verwaltungsgerichts Freiburg zum Bau eines Kernkraftwerks in Wyhl unverzüglich die Reaktorsicherheitskommission einzuberufen und dort zu klären, welche Auswirkungen die Sicherheitskriterien des Freiburger Gerichtsurteils auf die Fortführung der Kernenergiepolitik der Bundesregierung insgesamt haben würden? |
| 31. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU) | In welchem Umfang kann durch den Bau eines Berstschatzes bei Leichtwasserreaktoren überhaupt verhindert werden, daß die vom Verwaltungsgericht Freiburg befürchteten größeren nuklearen Unfälle auftreten? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

- | | |
|--|--|
| 32. Abgeordneter
Wüster
(SPD) | Hält der Bundesernährungsminister ein grundsätzliches Verbot der Anwendung des Unkrautbekämpfungsmittels Tormona aus der Luft im ganzen Bundesgebiet für notwendig, nachdem zahlreiche Wissenschaftler auf die toxikologische Bedenklichkeit des Mittels hingewiesen haben und die Ausbringung dieses und anderer Herbizide auf der Basis von 2, 4, 5-T durch Luftfahrzeuge für nicht vertretbar halten? |
|--|--|

33. Abgeordnete
**Frau
Dr. Martiny-
Glitz
(SPD)** Welchen zeitlichen Rahmen hat sich die Bundesregierung gesetzt, den Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Pflanzenschutzgesetzes vorzulegen, und hält sie die dort aufzunehmende Ermächtigung, Mindestanforderungen an Pflanzenschutzgeräte festzulegen, für eine ausreichende Maßnahme angesichts der Tatsache, daß erstens 1975 die Baywa nur 20 bis 23 % der Pflanzenschutzgeräte als einwandfrei funktionierend ermittelte und zweitens nach Mitteilung der Länder die Zahl der freiwillig überprüften Geräte rückläufig ist?
34. Abgeordneter
**Kiechle
(CDU/CSU)** Trifft es zu, daß im Haushaltsjahr 1976 von den in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ zur Verfügung stehenden Kassenmitteln ein erheblicher Teil von den Ländern nicht ausgegeben werden konnte?
35. Abgeordneter
**Kiechle
(CDU/CSU)** Wie hoch ist der Gesamtausgabenrest, und wie hoch sind die Ausgabenreste in den einzelnen Bundesländern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

36. Abgeordneter
**Zywietz
(FDP)** Hält die Bundesregierung es für richtig, bevor auf europäischer oder darüber hinausgehend internationaler Ebene Konventionen zur Eindämmung von Tankerunfällen erarbeitet werden, auf nationaler Ebene die Sicherheitsvorschriften für den Bau und Betrieb von Tankschiffen zu erhöhen, und welche Maßnahmen hält die Bundesregierung gegebenenfalls für erforderlich?
37. Abgeordneter
**Zywietz
(FDP)** Welche Vorsorge ist derzeit getroffen, und welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für erforderlich, um im Fall von Tankerunfällen mit erheblicher Ölverschmutzungsgefahr schnell und wirkungsvoll derartige Gefahrenherde eindämmen oder beseitigen zu können?
38. Abgeordneter
**Sick
(CDU/CSU)** Treffen Pressemeldungen zu, wonach in D-Zügen der Deutschen Bundesbahn ein Päckchen Zigaretten, welches handelsüblich 2,75 DM kostet, nach angeblich amtlich sanktionierter Preisliste 3,45 DM kostet?
39. Abgeordneter
**Sick
(CDU/CSU)** Wenn dies zutrifft, wer hat es und mit welcher Begründung veranlaßt?
40. Abgeordneter
**Würtz
(SPD)** Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die in Bayern, Hamburg und Niedersachsen verwendete Schilderkombination Tempo 80 „bei Nässe“ abzuschaffen?
41. Abgeordneter
**Schmöle
(CDU/CSU)** Treffen Pressemeldungen zu, wonach der Sprecher der Bundesregierung erklärt hat, Vorschriften zur Entgasung entladener Tankschiffe seien international unüblich, und stellt sich demgemäß die entsprechende Anordnung der DDR als weiterer punktueller Angriff auf die wirtschaftliche Sicherheit West-Berlins dar?

42. Abgeordneter
Hanz
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die weitere Unterhaltung der Lotsenstationen am Mittelrhein durch private Lotsen infolge der verschlechterten Einkommenslage gefährdet ist, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
43. Abgeordneter
Hanz
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß trotz geringerer Inanspruchnahme der Lotsen im Interesse der Verkehrssicherheit der Rheinschifffahrt — vor allem beim Transport gefährlicher Güter — ein weiterer Abbau des Lotsendienstes nicht möglich ist?
44. Abgeordnete
Frau Verhülsdonk
(CDU/CSU) Ist sich die Bundesregierung bewußt, daß bei einem Wegfall der privaten Lotsendienste der Bund mit eigenen Lotsen einspringen muß, und wenn ja, wie veranschlagt sie dabei die anfallenden Kosten?
45. Abgeordnete
Frau Verhülsdonk
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die weitere Existenz der privaten Lotsendienste im gebotenen Umfang durch geeignete Hilfen zu sichern?
46. Abgeordneter
Schmöle
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß einem SPD-Abgeordneten Informationen über konkrete Maßnahmen der Bundesregierung bezüglich des Lärmschutzes am Emscherschnellweg erteilt worden sind. (s. Pressemeldung Ruhrnachrichten vom 17. März 1977), und wenn ja, wie rechtfertigt die Bundesregierung demgegenüber die ausweichende bzw. abweisende Antwort auf meine Fragen Nr. B 78, 79 im Stenographischen Bericht vom 4. Februar 1977, Seite 572?
47. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) Trifft es zu, daß bei der sogenannten Flughafenbahn Frankfurt, die im Verkehrsverbund mit der Deutschen Bundesbahn und den Frankfurter Verkehrsbetrieben betrieben wird, der Kontrolleur entgegen allen Gepflogenheiten im nationalen und internationalen Bereiche keine Fahrkarten verkaufen darf, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um vor allem ausländischen Reisenden die Bezahlung eines sogenannten erhöhten Fahrpreises zu ersparen?
48. Abgeordnete
Frau Dr. Martiny-Glotz
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die DIN-Norm 70030, nach der der Benzinverbrauch von Kraftfahrzeugen ermittelt wird, veraltet ist, und wird sie die ihr zur Verfügung stehenden Einflußmöglichkeiten auf die Normung nutzen, um im Interesse der Energieersparnis den Verbrauchern mit Hilfe einer überarbeiteten Norm korrekte Informationen über den Benzinverbrauch der verschiedenen Kraftfahrzeuge zur Verfügung zu stellen?
49. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU) Bis wann kann damit gerechnet werden, daß die Standorte der nach der Neuordnung der Wasser- und Schifffahrtsdirektionen verbleibenden 31 Wasser- und Schifffahrtsämter in der Bundesrepublik Deutschland bekanntgegeben werden?
50. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Auflassungen bzw. Umstellungen von Schienenstrecken der Deutschen Bundesbahn und die im Zusammenhang damit erfolgende Verkehrsbedienung durch Omnibusse vorwiegend im ländlichen Raum die Fahrgebüh-

- ren im Straßenverkehr der Omnibusse anheben oder dabei teils auch der Seniorenpaß nicht in Anspruch genommen werden kann und damit die Bevölkerung des ländlichen Raums erneut benachteiligt wird?
51. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um solche Teuerungen von der ländlichen Bevölkerung abzuwenden und den Gleichheitsgrundsatz auch in den Gebühren wiederherzustellen?
52. Abgeordneter
Wiefel
(SPD) Trifft es zu, daß bei den von der Deutschen Bundesbahn geplanten Streckenstillegungen auch die Strecke von Opladen nach Remscheid-Lennep (Fahrplanstrecke 411) betroffen wird?
53. Abgeordneter
Wiefel
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine gut funktionierende S-Bahnverbindung vom Ruhrgebiet über Düsseldorf in den Ballungsraum Köln unbedingt notwendig ist, und wann kann mit dem weiteren Ausbau der S-Bahn von Langenfeld über Leverkusen nach Köln gerechnet werden?
54. Abgeordneter
Dr. Dollinger
(CDU/CSU) Welche Planungen und welche Aufträge oder Absprachen mit der Industrie hat der Bundespostminister im Hinblick auf die erheblichen Vorlaufzeiten bei Planung und Aufbau der technischen Einrichtungen für den Zeittakt und die Nahverkehrsbereiche getroffen, um, sobald die Versuchsergebnisse vorliegen, spätestens nach Ablauf eines Jahrs im Bundesgebiet die Nahbereiche einzuführen?
55. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Antwortschreiben des Bundespostministers vom 7. Januar 1977 auf das Schreiben der Ministerpräsidenten der Länder zum weiteren Ausbau des technischen Kommunikationssystems und insbesondere zur Argumentation über die von der Kommission für den Ausbau technischer Kommunikationsbetriebe vorgeschlagenen Pilotprojekte?
56. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen ergeben sich nach Meinung der Bundesregierung für die Auseinandersetzung um die neue Telekommunikationstechnik des Bildschirmtextes und darüberhinaus für den Begriff des Rundfunks aus der Feststellung des Bundespostministers, daß nach dem Fernsehurteil des Bundesverfassungsgerichts der sendetechnische Bereich des Rundfunks zum Post- und Fernmeldewesen gehört und mithin die „Zuständigkeit für das Errichten und Betreiben von Rundfunkversorgungsnetzen und damit die politische Verantwortung hierfür bei der Deutschen Bundespost“ liegt?
57. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung faktische Erkenntnisse über wechselseitige positive oder negative Einwirkungen bei den Sportsondermarken und Jugendmarken, insbesondere des Jahrs 1976, vor?
58. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU) Aus welchen Gründen wurden bei den Sportsondermarken im Gegensatz zu den Jugendmarken keine Berlin-Werte herausgegeben und der Verkauf der herausgegebenen Sportsondermarken in Berliner Postämtern unterbunden?
59. Abgeordneter
Weber
(Heidelberg)
(CDU/CSU) Wieviel Sportsondermarken und Jugendmarken wurden im Aktionszeitraum 1976 in den einzelnen Werten abgesetzt, und welche Erlöse wurden erzielt?

60. Abgeordneter
Weber
(Heidelberg)
(CDU/CSU) In welcher Relation steht das Ergebnis der Aktion 1976 zu den vorhergegangenen?
61. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU) Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, für 1978 die Herausgabe von Sportsondermarken in den Werten 50 + 25 Pf und 70 + 35 Pf vorzusehen?
62. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU) Welche Motive sind für die Sondermarken 1978 vorgesehen?
63. Abgeordneter
Straßmeir
(CDU/CSU) Welche konkreten Vorstellungen verbindet der Bundespostminister im Zusammenhang mit der Einführung des Telefonzeittakts mit dem zugesagten systemgerechten Äquivalent für das Fehlen eines Nahverkehrsbereichs in Berlin?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

64. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Welche Begründung hat die DDR dem Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, Staatssekretär Gaus, für die seit Anfang dieses Jahrs steigende Zahl von Zurückweisungen aus der Bundesrepublik Deutschland von der Einreise in die „DDR“ beziehungsweise nach Ost-Berlin gegeben, und steht diese Begründung nach Auffassung der Bundesregierung im Einklang mit den diesbezüglichen Vereinbarungen über den Reiseverkehr?
65. Abgeordneter
Lagershausen
(CDU/CSU) Hat der Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, Staatssekretär Gaus, die Regierung der DDR darauf hingewiesen, daß die Zurückweisungen von Deutschen, die ihre Angehörigen in der DDR besuchen wollen, die Anträge auf Ausreise aus der DDR gestellt haben, die Diskriminierung von Personengruppen darstellt, deren Rechte auf Einreise bzw. Übersiedlung durch Artikel 2 des Grundgesetzes, durch die Bestimmungen des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte von 1966 und durch die KSZE-Schlußakte geschützt sind, und was wird die Bundesregierung gegen diese Diskriminierung unternehmen?
66. Abgeordneter
Lagershausen
(CDU/CSU) Treffen nach den Erkenntnissen der Bundesregierung Pressemitteilungen zu, wonach ein Deutscher mit ständigem Wohnsitz in der DDR festgenommen worden ist, weil er sich beschwerdeführend an das Oberste Gericht der DDR gewandt hat, um seinen Antrag auf Entlassung aus der sogenannten „Staatsbürgerschaft der DDR“ durchzusetzen, der von allen Behörden, an die er sich gewandt hatte, abgelehnt worden war, und ist ein solches Vorgehen der DDR-Behörden mit den Bestimmungen des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte vereinbar, dem die DDR mit völkerrechtlich bindender Wirkung beigetreten ist?

67. Abgeordneter
Hösl
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Staatssekretär Bölling, daß man sich trotz der schikanösen Maßnahmen der „DDR“ „von der Opposition“ nicht „in eine Politik der Sanktionen hineinreden“ lassen dürfe, „von der man nicht wisse, wo sie ende“, und welche Möglichkeiten sieht sie selbst, um die „DDR“ zu einem vertragskonformen Verhalten anzuhalten?
68. Abgeordneter
Hösl
(CDU/CSU)
- Braucht nach Auffassung der Bundesregierung die „DDR“-Regierung angesichts der bestehenden Vereinbarungen in den Briefwechseln Bahr/Kohl über Einreisemöglichkeiten von Deutschen aus der Bundesrepublik Deutschland in die „DDR“ die Zurückweisung von Personen nicht zu begründen, und wird der Bundeskanzler verneinendenfalls dafür sorgen, daß die zuständigen Dienststellen der Bundesrepublik Deutschland in jedem Einzelfall der Zurückweisung eine Begründung der „DDR“-Behörden verlangen?
69. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU)
- Hat der Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin den Fall eines Reisenden aus dem Landkreis Kassel bei der „DDR“ zur Sprache gebracht, der auf seine Forderung, das gegen ihn verhängte Einreiseverbot zu begründen, am Grenzkontrollpunkt Gerstungen von „DDR“-Grenzpolizisten mit Tritten und Schlägen mißhandelt wurde, und hat die Bundesregierung eine genaue Untersuchung des Vorfalls verlangt?
70. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU)
- Hat der Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, Staatssekretär Gaus, bei seiner Vorsprache im Auswärtigen Amt der DDR klargemacht, daß die sich häufenden Zurückweisungen Einreisewilliger durch die DDR nicht nur mit den innerdeutschen Vereinbarungen, sondern auch mit Wortlaut und Geist der auch von der DDR unterzeichneten KSZE-Schlußakte von Helsinki in eindeutigen Widerspruch stehen?
71. Abgeordneter
Baron von Wrangel
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Äußerung von Staatsminister Wischniewski gegenüber dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR, Kohl, der im Zusammenhang mit der Verweigerung der Einreise für Deutsche aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR, das Verhalten der DDR „als Belastung des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten“ bezeichnet hat, und welche Konsequenzen wird sie aus dieser Beurteilung ziehen?
72. Abgeordneter
Jäger (Wangen)
(CDU/CSU)
- Ist der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Wischniewski, in seiner Unterredung mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR, Kohl, auf die Ausführungen des SED-Generalsekretärs Honecker eingegangen, der bei der Leipziger Messe unter anderem ausführte, daß die „mitunter“ vorkommenden „politischen Differenzen“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR „die Entwicklung der ökonomischen Beziehungen nicht zu beeinträchtigen brauchten“, und welche Auffassung der Bundesregierung hat Wischniewski gegebenenfalls dazu zum Ausdruck gebracht?

73. Abgeordnete
**Frau
Krone-Appuhn**
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der DDR, daß Bürger, die legal in den Westen übersiedeln, zuvor in der DDR „Unruhe gestiftet und sich gegen den Staat erklärt“ hätten und Anträge auf Familienzusammenführung eine „strafbare Handlung“ sind, und was gedenkt die Bundesregierung im Falle der Verneinung zu tun, um Einreiseverweigerungen für Westberliner, die unter diesem Vorwand erfolgen, zu verhindern?
74. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, eine Dokumentation über die Verletzung der Menschenrechte an der innerdeutschen Demarkationslinie zu erstellen und sie so rechtzeitig vorzulegen, daß sie in die Beratungen der zuständigen Stellen der europäischen-politischen Zusammenarbeit und der NATO zur Vorbereitung des Belgrader KSZE-Treffens eingeführt werden kann?
75. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU)
- Gedenkt die Bundesregierung, eine Dokumentation über die menschenrechtliche Lage in der DDR so rechtzeitig vorzulegen, daß sie in die Beratungen der zuständigen Stellen der europäischen-politischen Zusammenarbeit und der NATO zur Vorbereitung des Belgrader KSZE-Treffens eingeführt werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

76. Abgeordneter
Dr. Weber
(Köln)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Begrenzung von Werbegeschenken auf 50 DM in § 4 Abs. 5 EStG nach der Erhöhung zahlreicher Kostenfaktoren die Werbeartikel-Hersteller im Jahr 1977 und in folgenden Jahren vor große wirtschaftliche Probleme stellt, und ist die Bundesregierung bereit, eine Anpassung der Wertgrenze von 50 DM an die wirtschaftliche Entwicklung vorzunehmen?
77. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, was eine Rückgängigmachung der durch die Dritte Konjunkturverordnung vom 7. Juni 1973 angeordneten Aussetzung der erhöhten Absetzungen nach § 7 b EStG an Steuerausfällen nach sich ziehen würde?
78. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Welche Hindernisse stehen einer zügigeren Auszahlung der Rentenerhöhungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz durch eine automatische Anpassung dieser Renten entsprechend den Besoldungserhöhungen nach dem Bundesbesoldungserhöhungsgesetz anstelle des bisherigen Verfahrens, bei dem diese Renten nach einer gesondert zu erlassenden Rechtsverordnung in zeitraubender und personalaufwendiger Arbeit einzeln umgestellt werden müssen, entgegen?
79. Abgeordneter
Straßmeir
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung nunmehr bereit, nachdem die DDR erneut in ungerechtfertigter Weise Straßenbenutzungsgebühren für die nach Ost-Berlin einreisenden Kraftfahrzeuge beansprucht, im Wechselverkehr einreisende DDR-Lkw der Besteuerung zu unterwerfen?

80. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU) Ist die Bundesfinanzverwaltung bereit, sich im Benehmen mit den übrigen beteiligten Behörden mit Nachdruck für eine Verbesserung und Beschleunigung der Lkw-Abfertigung am Autobahnzollamt Kiefersfelden einzusetzen und die hierfür gegebenenfalls notwendigen baulichen Maßnahmen zu treffen?
81. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Wo im neuen Finanzbericht 1977 hat die Bundesregierung ihre Zusage erfüllt, welche sie anlässlich der Verabschiedung der sogenannten Steuerreform gegeben hat (113. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. Juli 1974, Stenographischer Bericht Seite 7643): „Die Bundesregierung wird im Rahmen des Finanzberichts über die Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung auf die Ausgaben und die Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte berichten und darlegen, ob und gegebenenfalls welche Folgerungen sie daraus zieht.“?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

82. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Meinung von Bundesforschungsminister Hans Matthöfer: „Die Frage, ob wir Kernenergie brauchen, ob wir bereit sind, die damit verbundenen Risiken zu tragen, läßt sich nur beantworten, wenn man weiß, welches Wachstum ohne Kernenergie möglich ist und wie dann die Energieversorgungsstruktur aussieht“ (SPD-Pressedienst vom 16. Dezember 1976), im Zusammenhang mit der von der Bundesregierung für möglich gehaltenen Entwicklung des Elektrizitätsbedarfs in der Bundesrepublik Deutschland bis 1990, und welches sind die entscheidenden Annahmen, die dieser Bedarfsprognose der Bundesrepublik zugrunde liegen?
83. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Meinung von Bundesforschungsminister Hans Matthöfer: „Weder rotes Licht für den Bau und die Entwicklung von Kernkraftwerken noch ein bedingungsloses Ja, sondern alle Anstrengungen für rationellere und sparsamere Energieausnutzung“ (Bulletin vom 6. Februar 1976), im Zusammenhang mit den Möglichkeiten der Energieersparnis, insbesondere der Elektrizitätsersparnis, und in welchem Umfange hat die Bundesregierung diese Einsparungsmöglichkeiten bei der Prognose des Energie- bzw. Elektrizitätsverbrauchs berücksichtigt, und ist im einzelnen eine Rückkopplung mit politischen Maßnahmen zur Verstärkung der Energieersparnis vorhanden?
84. Abgeordneter
Benz
(CDU/CSU) Was sind die Gründe dafür, daß in einem Beitrag des Bundesforschungsministers zum Thema Kernenergie (SPD-Pressedienst vom 16. Dezember 1976) mit dem Thema „Wie wollen wir in Zukunft leben?“ keine einzige sachliche Aussage, sondern nur Fragen angeführt werden, und gedenkt die Bundesregierung im Hinblick auf diese Fragen des Bundesforschungsministers zu klären, welchen Einfluß insbesondere die Annahme über die Wachstumsrate des Sozialprodukts auf die Schätzung des Elektrizitätsbedarfs hat, und gibt es eine eindeutige Beziehung zwischen Wachstumsraten des Sozialprodukts und der Elektrizitätswachstumsrate?

85. Abgeordneter
Benz
(CDU/CSU)
- Wie entwickelt sich nach Ansicht der Bundesregierung im Hinblick auf die Fragen von Bundesforschungsminister Matthöfer in dem Beitrag „Wie wollen wir in Zukunft leben?“ (SPD-Pressedienst vom 16. Dezember 1976) der Elektrizitätsbedarf in den Jahren bis 1990 bei den von der Bundesregierung bisher angenommenen Zuwachsraten für die Wachstumsrate des Sozialprodukts, die auch bei den Rechnungen im Bereich der Rentenversicherung zugrunde gelegt wird und gegebenenfalls um bis zu 50 Prozent nach oben und unten unterschritten werden kann?
86. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Meinung von Bundesforschungsministers Matthöfer (Bulletin vom 12. April 1975): „Die Bundesregierung hat sich daher das Ziel gesetzt, die Kernenergieerzeugung von vier Millionen Tonnen SKE im Jahre 1973 auf 40 Millionen Tonnen SKE im Jahre 1980 zu verzehnfachen. Für das Jahr 1985 ist eine weitere Verdoppelung auf 81 Millionen Tonnen SKE angestrebt“, im Zusammenhang mit ihren Prognosen über die Kernkraftwerkskapazität in NW
- | | |
|---|--------|
| – 1973 Energieprogramm | 45 000 |
| – 1974 Fortschreibung des Energieprogramms | 40 000 |
| – 30. November 1976 Bundesminister Friderichs | 38 000 |
| – 4. Februar 1977 im Bundestag | 20 600 |
- und welche Verlässlichkeit mißt sie derartigen Aussagen zu?
87. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Meinung von Bundesforschungsminister Matthöfer: „Das Energieprogramm der Bundesregierung, das den Zeitraum bis 1985 erfaßt, baut im Bereich der Kernenergie nahezu ausschließlich auf den Leichtwasserreaktor“ (Bulletin vom 15. März 1975, S. 367), und welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über die Deckung des voraussichtlichen Elektrizitätsbedarfs der Bundesrepublik Deutschland durch eine entsprechende Kraftwerkskapazität, und wie hoch sollte diese im einzelnen sein?
88. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Meinung von Staatssekretär Dr. Hauff: „Insbesondere ist bislang unter den vorgeschlagenen neuen Energiequellen keine echte Alternative zur Kernenergie zu sehen“ (Bulletin vom 26. Februar 1974, S. 263), im Zusammenhang mit ihrem Energieprogramm, und wie gedenkt die Bundesregierung den Elektrizitätsbedarf der Bundesrepublik Deutschland sicherzustellen, wenn sie durch ihre Maßnahmen mit dazu beiträgt, daß nur noch die im Bau befindliche Kernkraftwerkskapazität fertiggestellt wird, so daß 18 000 anstelle der zuletzt noch angenommenen 38 000 MW errichtet werden, und wie gedenkt sie diese Versorgungslücke bei Kraftwerken zu schließen?
89. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Ansicht von Bundesforschungsminister Matthöfer: „An der steigenden Nutzung der Kernenergie kommen wir nicht vorbei“ (Flensburger Tageblatt vom 22. November 1976), und in welchem Umfange kann durch den Bau von Kohlekraftwerken die voraussichtliche Kraftwerkslücke in den achtziger Jahren geschlossen werden, und welche Anforderungen ergeben sich hieraus auf die Genehmigung von Kohlekraftwerken?

90. Abgeordnete
Frau
Dr. Walz
(CDU/CSU)
- Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung insbesondere über den Beitrag von Kohlekraftwerken zur Elektrizitätsversorgung bis 1990, und welche Kraftwerkskapazität ist hierzu im einzelnen in den einzelnen Jahren erforderlich, und wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang die Meinung des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Hauff (Bulletin vom 28. Februar 1974, S. 265): „Mit Kohle oder Öl beheizte Kraftwerke stoßen in beträchtlichem Umfange Schadstoffe aus . . . , bei Berücksichtigung der Häufung von Kraftwerken sowie der Existenz anderer Schadstoffemittenten die zulässigen Grenzwerte in Ballungsgebieten bereits erheblich überschritten werden“?
91. Abgeordnete
Frau
Dr. Walz
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Meinung von Staatssekretär Dr. Hauff (Bulletin vom 28. Februar 1974, S. 262): „Wir brauchen Energie in ausreichender Menge, mit möglichst großer Versorgungssicherheit, so umweltfreundlich wie möglich und so preisgünstig wie möglich“ im Zusammenhang mit dem Bau von Kohlekraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland, und was will sie unternehmen, um deren Einsatz zu sichern?
92. Abgeordneter
Dr. Probst
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Meinung von Bundesforschungsminister Matthöfer: „Ohne die Kernenergie wäre die Wirtschaft gefährdet“ (Südwestpresse vom 22. November 1976) im Zusammenhang mit dem mangelnden Bau von Kraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland, und mit der Tatsache, daß durch die neueren Verschiebungen beim Genehmigungsverfahren sowohl Arbeitsplätze bei den Kraftwerksherstellern, den Elektrizitätsversorgungsunternehmen als auch bei den Industriezweigen, die auf die Benutzung von Strom angewiesen sind, gefährdet sind?
93. Abgeordneter
Dr. Probst
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Meinung von Staatssekretär Dr. Hauff (Bulletin vom 28. Februar 1974) „Die Erstellung der gesamten zusätzlichen Kraftwerkskapazität auf Kohlebasis erscheint mir unmöglich“, im Zusammenhang mit ihrem Energieprogramm, und wieviel neue Kohlekraftwerke sind bisher beantragt, bei wieviel ist die Errichtung verzögert?
94. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß in Zeiten einer sich verstärkt abzeichnenden Energielücke im deutschen Steinkohlenbergbau im Jahr 1977 an zehn Arbeitstagen nicht gefördert wird und die Bergleute Kurzarbeit hinnehmen müssen, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung im Rahmen der Aktualisierung ihres Energieprogramms zu ziehen, damit mittelfristig sichergestellt wird, daß die sicherste, heimische Energiequelle einen ständig höheren Versorgungsbeitrag leisten kann?
95. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung weiterhin sicherstellen, daß die Bergleute mit Vollbeschäftigung rechnen können und neue Arbeitsplätze im Bergbau geschaffen werden?

- | | |
|---|---|
| 96. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) | Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um eine schnellere Genehmigung von Kohlekraftwerken zu gewährleisten, und welche Vorstellungen hat sie hinsichtlich der Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes? |
| 97. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) | Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß sowohl die Umweltbeeinflussung als auch der spezifische Kohleverbrauch bei den älteren Kohlekraftwerken höher ist als bei den neuen, aber neue Kohlekraftwerke nicht genehmigt und gebaut werden, weil der Gesetzgeber nicht die entsprechenden Vorkehrungen trifft? |
| 98. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) | In welchem Umfang berücksichtigt die Bundesregierung die regionale Struktur der Elektrizitätsversorgung bei der Berechnung der notwendigen Kernkraftwerkskapazität, und wie gedenkt sie sicherzustellen, daß in den revierfernen Bundesländern das Elektrizitätspreisniveau sich in Zukunft nicht noch stärker von den Elektrizitätspreisen in Nordrhein-Westfalen unterscheidet? |
| 99. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) | Welche Auswirkungen hat die stark unterschiedliche Entwicklung des Elektrizitätspreises in den einzelnen Bundesländern auf die Ansiedlung neuer Industriezweige? |
| 100. Abgeordnete
Frau
Berger
(Berlin)
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, welche Preise die Sowjetunion der DDR für Rohstofflieferungen z. B. für die Energieträger Erdgas und Schweröl oder für Zellstoff berechnet, und welche Preise die DDR für ihre in die Sowjetunion gelieferten Fertigwaren wie Schmiede- und Pressenausrüstungen, Krananlagen, Dieselantriebe, Landmaschinen und Eisenbahnmateriale erzielt, ausgedrückt in Dollar oder in den währungsneutralen, international vergleichbaren Indexzahlen der Facharbeiterstundenlöhne? |
| 101. Abgeordnete
Frau
Berger
(Berlin)
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung entsprechend ihren eigenen Erkenntnissen die von Botschafter Abrassimow am 11. März auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin geäußerte Meinung bestätigen, die dahin geht, daß die „Vorzüge der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung“ auf einer – vom sowjetischen Standpunkt aus betrachtet – „uneigennützigen Grundlage“ beruhen und dem Handel der DDR mit der Sowjetunion größere Vorteile bringen als die Handelsbeziehungen mit westlichen Handelspartnern? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- | | |
|---|---|
| 102. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß als Folge des von der Bundesregierung erarbeiteten Entwurfs eines Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetzes die rund 1200 konfessionellen und freigemeinnützigen Krankenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland, die etwa 37 Prozent des Bettenbedarfs der Bevölkerung decken, in ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Situation zusätzlich geschwächt werden und die geplante Eigenbeteiligung zu einer Betriebseinstellung dieser Krankenhäuser führen wird und, ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, den Entwurf entsprechend zu ändern? |
|---|---|

103. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung geprüft, ob die Auferlegung einer Selbstkostentragungspflicht einen Verstoß gegen Artikel 14 Grundgesetz und gegen die verfassungsrechtlichen Garantien kirchlichen Eigentums bedeutet und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls hieraus?
104. Abgeordneter
Dr. Weber
(Köln)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach dem Merkblatt zum Ausweis für Schwerbeschädigte nur solche Schwerbeschädigte den Ausweis erhalten, die „infolge der Körperbehinderung erheblich gehbehindert sind“, während durch § 39 des Bundessozialhilfegesetzes die „geistig oder seelisch wesentlich“ Behinderten den Körperbehinderten gleichgestellt werden, und ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß das Merkblatt zum Ausweis für Schwerbeschädigte der neuen Regelung in § 39 des Bundessozialhilfegesetzes angepaßt wird?
105. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD)
- Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs in Sachen Defrenne ./ Sabena vom 8. April 1976, wonach der in Artikel 119 des EWG-Vertrags aufgestellte Grundsatz der Gleichheit des Arbeitsentgelts männlicher und weiblicher Arbeitnehmer zu den Grundlagen der Gemeinschaft gehört und sich die Betroffenen darauf vor den innerstaatlichen Gerichten berufen können, ohne daß dieser Schutz den vorherigen Erlaß von innerstaatlichen Durchführungsbestimmungen oder solchen der Gemeinschaft voraussetzte?
106. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, in Zukunft Tarifabschlüsse und Einzelarbeitsverträge mit geschlechterspezifischen Lohndiskriminierungen zu unterlassen?
107. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU)
- Entspricht es der gesetzlichen Grundlage, daß Witwen landwirtschaftlicher Unternehmer, die freiwillig Beiträge weiterzahlen, bei einer Wiederverheiratung von dieser Verpflichtung nicht entbunden werden können, obwohl sie mit diesen Zahlungen wegen ihrer Wiederverheiratung keinen Anspruch auf Altersgeld mehr erwerben können, und wenn ja, sind Änderungen vorgesehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

108. Abgeordneter
Gärtner
(FDP)
- Treffen Pressemeldungen zu, nach denen der von den Streitkräften der Vereinigten Staaten von Amerika durchgeführte bewertende Vergleich der Panzer Leopard II und der entsprechenden amerikanischen Entwicklung XM 1 zu einem negativen Ergebnis für das von der Bundesrepublik Deutschland entwickelte Waffensystem geführt hat?
109. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Inwieweit sind die in den Lärmschutzzonen I für militärische Flugplätze gelegenen Ortschaften, ausweislich der den jeweiligen Verordnungen beigelegten Lagekarten, heute noch bewohnt bzw. noch vorhanden?

110. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) In welchem Umfang wurden bisher von den Betroffenen Mittel für Lärmschutzmaßnahmen in Anspruch genommen, und welche Mittel stehen noch für das Jahr 1977 bereit?
111. Abgeordneter
Höpfinger
(CDU/CSU) Welche Gründe veranlassen das Bundesverteidigungsministerium, im Widerspruch zum Grundsatz der heimatnahen Ausbildungsmöglichkeit, immer häufiger Wehrpflichtige aus dem Raum Bayern zur Ausbildung nach Hessen und in das Saarland zu beordern?
112. Abgeordneter
Höpfinger
(CDU/CSU) Ist bei zwingender Notwendigkeit dieser Einberufungspraxis Gewißheit gegeben, daß familiäre und soziale Härten Berücksichtigung finden und in diesen Fällen heimatnahe Stationierung ermöglicht wird?
113. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Aus welchen Gründen hat der Chef des Militärischen Abschirmdienstes dem Verteidigungsausschuß eine Darstellung zu der Affäre um die Bespitzelung von Piloten der Luftwaffe gegeben, die in wesentlichen Punkten der in einem von ihm abgezeichneten Protokoll einer MAD-Chefbesprechung widerspricht?
114. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) In welcher Form und aus welchem Anlaß hat der Chef des militärischen Abschirmdienstes bei ihm Untergebenen um Ergebniseitsbekundungen nachgesucht, und welchen Erfolg hatte das Unternehmen?
115. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Wieweit ist die Einsatzbereitschaft der Bundesmarine von der Bereitstellung privatwirtschaftlicher Kapazitäten für Materialerhaltung und -instandsetzung abhängig, und welche Konsequenzen ergeben sich für Planvorgabe, Auftragsvergabe und Arbeitsverteilung zwischen Bundesmarine und privaten Unternehmen?
116. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Ist der Bericht der „Frankfurter Rundschau“ vom 12. Februar 1977 zutreffend, demzufolge statt der im Haushaltsjahr 1976 vorgesehenen 330 Millionen DM zur Materialerhaltung und -instandsetzung bei der Bundesmarine jetzt 600 Millionen DM fällig geworden sind, und wenn ja, welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus dieser Fehlplanung ziehen?
117. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) Welche Vorschläge wird die Bundesregierung zur Deckung der sogenannten Reparaturlücke in Höhe von 270 Millionen DM machen, um die für die Einsatzbereitschaft der Bundesmarine erforderlichen Reparaturen in diesem Haushaltsjahr vornehmen zu können?
118. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Sollte nach Ansicht der Bundesregierung dem Wunsch der Wehrpflichtigen nach Einberufung in einen heimatnahen Standort entsprochen werden?
119. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Wie gedenkt die Bundesregierung, die Härten für die Wehrpflichtigen zu mindern, die nach der Einberufung in einen heimatfernen Standort erhöhte Zeit- und Kostenaufwendungen für die Heimfahrten zu tragen haben?

120. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Trifft es zu — wie in der Pressemeldung der Rheinischen Post vom 16. März 1977 behauptet —, daß eine Ablösung der Fluglotsen der Royal Air Force durch Bundeswehrsoldaten geplant ist und dies erhebliche Nachteile für die Flugsicherheit bedeuten würde, und wie gedenkt die Bundesregierung, gegebenenfalls solche Nachteile zu verhindern?
121. Abgeordnete
Frau Krone-Appuhn
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung es für einen Beitrag zur Waffenstandardisierung innerhalb der Nato, wenn künftig 1/3 der Panzer in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland mit unterschiedlichen Kanonen und Motoren ausgerüstet werden, und hält die Bundesregierung an der 1974 getroffenen Vereinbarung fest, daß nach einem Wettbewerb zwischen amerikanischen und deutschen Panzern der überlegene Panzer von beiden Verbündeten übernommen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

122. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Welche Vorbereitungen hat die Bundesregierung getroffen, damit dem Deutschen Bundestag der Bericht über die Auswirkungen des Wohnraumkündigungsschutzgesetzes rechtzeitig vorgelegt wird?
123. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Trifft es zu, daß die Vertragsmusterentwürfe der öffentlichen Hand, vor allem des Bundes und der Länder (ARGEBAU, für Architektenverträge grundsätzlich das Leistungsbild auf das Leistungsbild der früheren Gebührenordnung für Architekten (GOA) und die Honorarsätze auf die Mindestsätze der neuen Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) herabdrücken, und steht dieses Verhalten der öffentlichen Hand nicht im Widerspruch zu den Intentionen des Honorarermächtigungsgesetzes vom 4. November 1971 (BGBl. I S. 1749), mit der Erarbeitung moderner Leistungsbilder und der Festlegung von Höchst- und Mindestsätzen in der HOAI einen Spielraum zu schaffen, der eine bessere Anpassung des Honorars an die zu erbringende Leistung des Architekten, also einer stärker am Leistungsprinzip orientierten Honorarbemessung ermöglichen sollte?
124. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung wegen der Offenbarung und Veröffentlichung geheimer Vorgänge im Zusammenhang mit dem Fall „Traube“ strafrechtliche Ermittlungsverfahren veranlaßt?
125. Abgeordneter
Gerlach
(Obernai)
(CDU/CSU) Bei welchen Staatsanwaltschaften sind Ermittlungsverfahren wegen der Offenbarung und Veröffentlichung geheimer Vorgänge im Fall „Traube“ anhängig?
126. Abgeordneter
Gerlach
(Obernai)
(CDU/CSU) Welche Straftatbestände könnten nach Auffassung der Bundesregierung durch die Offenbarung und Veröffentlichung von Vorgängen im Fall „Traube“ erfüllt sein?

127. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung die im Zusammenhang mit einer Strafverfolgung wegen der Offenbarung und Veröffentlichung geheimer Vorgänge im Fall „Traube“ eventuell notwendigen Ermächtigungen erteilen?
128. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Bundesjustizminister Vogel dem polnischen Justizminister Bafia bei dessen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland sein Verständnis für die polnische Forderung ausgedrückt hat, die deutsche Gesetzgebung müsse den internationalen Verträgen in der Weise „angepaßt“ werden, daß man die „Fiktion“ des Fortbestandes des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 und damit die Auffassung aufgeben müsse, die Gebiete jenseits von Oder oder Neiße seien im rechtlichen Sinne kein Ausland und die dort wohnenden Deutschen nach wie vor deutsche Staatsangehörige, und welche Auffassung vertritt die Bundesregierung hinsichtlich des polnischen Verlangens und des Verhaltens von Bundesminister Vogel?
129. Abgeordnete
Frau Karwatzki
(CDU/CSU) Wird — und wenn ja, wann — die Bundesregierung ihren Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Strafverfahrensrechts vom 6. September 1974 (Drucksache 7/2526) dem 8. Deutschen Bundestag zur Beratung und Beschlußfassung vorlegen?
130. Abgeordnete
Frau Karwatzki
(CDU/CSU) Wenn ja, wird dies in der ursprünglichen Form (Drucksache 7/2526) erfolgen, oder wie wird der Vorschlag aussehen?
131. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Sind nach der vom polnischen Justizminister in den Gesprächen mit dem deutschen Justizminister und nach der in der amtlichen polnischen Presse (z. B. Soldatenzeitung vom 16. März 1977 lt. BPA-Presseinformationen) vertretenen Auffassung alle Deutschen, die unter dem Ausreiseprotokoll vom 9. Oktober 1975 in die Bundesrepublik Deutschland kommen, noch polnische Staatsangehörige, und wird die Bundesregierung den freiheitlichen Willen dieser Deutschen gegen ihre völkerrechtswidrige Inanspruchnahme durch eine Verwaltungsmacht zum Zeitpunkt der kollektiven Verleihung der polnischen Staatsangehörigkeit schützen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

132. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Food and Drug Administration ein Verbot des künstlichen Süßstoffs Sacharin für die USA angekündigt hat, und wird die Bundesregierung ebenfalls ein Verbot in die Wege leiten?
133. Abgeordneter
Scheffler
(SPD) Welche positiven Veränderungen in inhaltlicher und organisatorischer Gestaltung sowie zahlenmäßiger Teilnahme an den Bundesjugendspielen haben sich nach der Erkenntnis der Bundesregierung seit der öffentlichen Anhörung des Sportausschusses und des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit des Deutschen Bundestages am 3. Dezember 1970 ergeben?

134. Abgeordneter
Scheffler
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, weitere Initiativen mit dem Ziel zu entwickeln, die Bundesjugendspiele in verstärktem Maß zu einem durchgängigen und sportlich vielfältigem System zur Entwicklung und Entfaltung sportlicher Interessen und Neigungen der Schüler auszugestalten, und in welcher Form kann dies nach Auffassung der Bundesregierung gegebenenfalls geschehen?
135. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung zur Vorbereitung der neuen Arzneimittelprüfrichtlinie ergriffen, um festzustellen, welche bisherigen Prüfvorschriften für die vorklinische und klinische Untersuchung von Arzneimitteln in ihrer Aussagefähigkeit durch einwandfreie statistische Untersuchungen mit Präzisierung ihrer Erfolgswahrscheinlichkeiten und Vertrauensgrenzen unbestritten belegt und als ethisch und rechtlich unbedenklich ausgewiesen sind, so daß durch Aussonderung der unbewiesenen Methoden die Arzneimittelentwicklungskosten im Interesse der Kostendämpfung verringert werden können?
136. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) Für welche Methoden zur vorklinischen und klinischen Prüfung von Arzneimitteln gedenkt die Bundesregierung noch weitere Auskünfte hinsichtlich ihrer Aussagefähigkeit einzuholen, und welche Methoden haben sich als unbestritten und uneingeschränkt anerkannt erwiesen?
137. Abgeordneter
Marschall
(SPD) Sind der Bundesregierung wissenschaftliche Erkenntnisse über die schädlichen Auswirkungen von Schlafmitteln in bezug auf Störungen des normalen Schlafrhythmus und in bezug auf zwanghafte Dauereinnahme durch Entzug von Tiefschlaf bekannt, und welche Maßnahmen wird sie ergreifen, um die Verbraucher vor der Verwendung solcher Schlafmittel zu schützen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

138. Abgeordneter
Dr. Zimmermann
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung die der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag zugegangene Information bestätigen, wonach der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Wischniewski, dem Generalsekretär der SED, Honecker, einen Besuch machte, und fand dieser Besuch bejahendenfalls vor oder nach dem 10. März 1977 statt, an dem Staatsminister Wischniewski im Fernsehen auf Frage erklärte, daß er Herrn Honecker noch nicht kennengelernt habe, aber nicht bestreiten wolle, daß er von seinen Aufgaben her einmal in die „DDR“ zu gehen habe und dies für einen völlig normalen Vorgang halte, jedoch ein konkretes Projekt nicht vorliege?
139. Abgeordneter
Dr. Zimmermann
(CDU/CSU) Welchen Zweck hatte der in Frage stehende Besuch, und hat der Generalsekretär der SED dem Staatsminister im Bundeskanzleramt dabei mitgeteilt, daß, und bejahendenfalls aus welchen Gründen, die „DDR“ Einreisebeschränkungen der inzwischen praktizierten Art verfügen werde oder warum sie solche Beschränkungen verfügt habe?

140. Abgeordneter
Dr. Jaeger
(CDU/CSU)
- Welche Wünsche der „DDR“ hat der Generalsekretär der SED dem Staatsminister im Bundeskanzleramt bei dem in Frage stehenden Besuch hinsichtlich des Verhaltens der Bundesregierung auf der bevorstehenden KSZE-Nachfolgekonferenz in Belgrad unterbreitet, und hat hierzu insbesondere der Wunsch gehört, die Bundesregierung möge es unterlassen, auf der Konferenz einen Katalog über Menschenrechtsverletzungen in Deutschland vorzulegen?
141. Abgeordneter
Dr. Jaeger
(CDU/CSU)
- Welche Gegenleistungen an die Bundesrepublik Deutschland hat der Generalsekretär der SED dem Staatsminister im Bundeskanzleramt für die Erfüllung dieser Wünsche gegebenenfalls angeboten, und hat hierzu insbesondere die in Aussichtstellung der ganzen oder teilweisen Rücknahme der jüngsten Verschärfungen in der Einreisepraxis gehört?
142. Abgeordneter
Nordlohne
(CDU/CSU)
- Wie hoch waren die Personalkosten für die im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 (2 BvE 1/76) genannten Faltblätter, und wie viele Bedienstete des Bundes sind wie lange mit diesen Faltblättern befaßt gewesen?
143. Abgeordnete
Frau Tübler
(CDU/CSU)
- Wie hoch war die Auflage und die Leserzahl des unter V. 2. a) aa) der Gründe des Urteils vom 2. März 1977 (2 BvE 1/76) genannten Faltblattes des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung („Leistung verdient Vertrauen. Eine Bilanz nach sieben Jahren sozialliberaler Regierung“)?
144. Abgeordnete
Frau Tübler
(CDU/CSU)
- Wie hoch war die Auflage und die Leserzahl der unter V. 2. a) bb) der Gründe des Urteils vom 2. März 1977 (2 BvE 1/76) aufgeführten Publikationen „Arbeitsbericht '76“ des Bundespresseamts und „Unsere soziale Sicherung“ des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung?
145. Abgeordneter
Schröder (Lüneburg)
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für vertretbar, auch im Hinblick auf die jüngste Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Informationspolitik der Bundesregierung, die Informationen der Bundesregierung für Arbeitnehmer „aus Bonn“ durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung auch künftig über die allgemeinen Informationen hinaus herauszugeben und aus Steuermitteln zu finanzieren, oder ist es nicht vielmehr eine Aufgabe der autonomen Gruppen der Gesellschaft – und in diesem Falle hauptsächlich der Gewerkschaften –, die Arbeitnehmer über ihre Belange in Politik und Gesetzgebung zu informieren, wie dies auch dem Selbstverständnis freier Verbände entspricht?
146. Abgeordneter
Schröder (Lüneburg)
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts insbesondere hinsichtlich der laufenden Publikationen des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung zu ziehen, soweit diese gezielt bestimmte Personengruppen ansprechen und unbestreitbar nach Inhalt und Aufmachung vielfach mehr der Selbstdarstellung der Politik der sozialliberalen Regierung als der sachlichen Information dienen?

147. Abgeordneter
Dr. Hoffacker
(CDU/CSU) Über welche Agenturen wurden die in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 (2 BvE 1/76) als verfassungswidrig festgestellten Publikationen der Bundesregierung vertrieben?
148. Abgeordneter
Dr. Hoffacker
(CDU/CSU) In welchem Umfang sind die im Bundeshaushalt 1977 für Öffentlichkeitsarbeit vorgesehenen Beträge durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 (2 BvE 1/76) ungerechtfertigt geworden, und wird die Bundesregierung im Zuge der Haushaltsberatungen die entsprechenden Kürzungen beantragen?
149. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher eingeleitet, und welche gedenkt sie noch einzuleiten, damit die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 verfassungswidrig an die Regierungsparteien SPD und FDP aus Steuermitteln gemachten geldwerten Leistungen zurückerstattet werden?
150. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Ist sich die Bundesregierung des Umstands bewußt, daß bei Nichtrückzahlung der verfassungswidrigen Wahlhilfen ein erneuter Organstreit wegen Verletzung von Rechten und Pflichten der Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht anhängig gemacht werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

151. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU) Welche Folgerungen zieht oder hat die Bundesregierung aus der Überprüfung der Angaben gezogen, die der ehemalige Korrespondent des CETEKA, Svetozar Simkò, über die Spionage- und Sabotagetätigkeit von 17 Angehörigen der tschechoslowakischen Botschaft in Bonn machte?
152. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, gemeinsam mit ihren Partnern in der Europäischen Gemeinschaft Vorkehrungen zu treffen, die es ermöglichen, daß auch Volksgruppen bzw. ethnische Minderheiten im künftigen Europäischen Parlament vertreten sind?
153. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) In welcher Weise konnten auf Grund der in den Ostverträgen erklärten Übereinstimmung zur Erweiterung der Zusammenarbeit im Bereich der kulturellen Beziehungen die kulturellen Beziehungen erweitert werden, wenn gleichzeitig festgestellt werden muß, daß „in Osteuropa nicht ein einziges Goethe-Institut existiert“ (Bulletin 23/1977)?
154. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Worauf führt es die Bundesregierung zurück, daß auf dem Gebiet der kulturellen Betätigung nach wie vor „den deutschen Aktivitäten in Osteuropa enge Grenzen gesetzt werden“ (Bulletin 23/1977)?
155. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung die Gründe für die Tatsache bekannt, daß der Verteidigungsausschuß der WEU nicht nur seinen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten verkürzt, sondern auch den Besuch der Basis der Luftwaffe in Arizona vom Programm gestrichen hat, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

156. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die weitere Arbeit in der WEU, nachdem in wichtigen Ausschüssen der WEU neuerdings Mitglieder marxistisch-leninistischer Parteien vertreten sind?
157. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, daß die im Zusammenhang mit der Frage des Standorts Berlin für die geplante Deutsche Nationalstiftung vom Bundeskanzler gemachte Äußerung, es sei „wenig hilfreich, jetzt weitere Streitfälle in die Welt zu setzen“, die DDR-Regierung zu der Auffassung verleitet hat, die Bundesregierung werde Angriffen auf den Status Berlins, wie sie insbesondere durch die Einführung Ost-Berlins in die Straßenbenutzungsgebühren der DDR vorgetragen wurden, keinen ernsthaften Widerstand entgegensetzen?
158. Abgeordneter
Kunz
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Wird der Bundeskanzler bei seinem nächsten Zusammentreffen mit den Regierungschefs der USA, Frankreichs und Großbritanniens diese besonders auf die jüngsten Schikanen der DDR-Regierung in Berlin, insbesondere die Einbeziehung Ost-Berlins in die Erhebung von Straßenbenutzungsgebühren als Versuche, den Status von Berlin rechtswidrig zu verändern, hinweisen, und wird sich der Bundeskanzler für eine gemeinsame Politik der drei westlichen Schutzmächte und der Bundesrepublik Deutschland einsetzen, die diesen Versuchen wirksam begegnet?
159. Abgeordneter
Kunz
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, eine Dokumentation über die Verwirklichung oder Verletzung der Menschenrechte von Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten vorzulegen, so daß sie noch vor dem Belgrader KSZE-Treffen auch in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages diskutiert werden kann?
160. Abgeordneter
Coppik
(SPD)
- Wie ist der derzeitige Stand der Bemühungen der Bundesregierung, eine endgültige Klärung der Schicksale der in Argentinien vermißten deutschen Staatsangehörigen Peter Falk, Maximo Ricardo Wettengel und Klaus Zieschank durch die argentinischen Behörden zu erwirken, und welche Schritte wird die Bundesregierung gegebenenfalls zur endgültigen Klärung der Vermißtenschicksale einleiten?
161. Abgeordneter
Dr. von Bismarck
(CDU/CSU)
- Bis zu welchem Zeitpunkt kann die Bundesregierung eine Dokumentation über die menschenrechtliche Lage von Personen deutscher Volkszugehörigkeit in ost- und südosteuropäischen Staaten dem Deutschen Bundestag und der internationalen Öffentlichkeit vorlegen?
162. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Welche diplomatischen und anderen Schritte gedenkt die Bundesregierung bei der Volksrepublik Polen und der DDR dagegen zu unternehmen, daß in der amtlichen Presse und im Staatsrundfunk (vgl. z. B. Polnische Amtliche Presse-Agentur vom 23. Februar 1977, Radio Warschau ständig seit Mitte Februar, „horizont“ 5/1977) und am 15. März 1977 sogar im Deutschlandfunk von einem Mitglied des Zentralkomitees der kommunistischen polnischen Einheitspartei das oberste Verfassungsorgan

der Bundesrepublik Deutschland, das Bundesverfassungsgericht, der „rechtlichen Aggression“ beschuldigt wird, was nicht nur eine objektive Beleidigung ist, sondern nach den Rechtsauffassungen im Ostblock auch einen Anschlag dieses Verfassungsorgans gegen den Frieden bedeutet?

163. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die auf der Kairoer Gipfelkonferenz angenommene Deklaration und das Aktionsprogramm über die arabisch-afrikanische Zusammenarbeit in bezug auf mögliche Auswirkungen auf den europäisch-arabischen Dialog und in bezug auf die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Gemeinschaft zu den afrikanischen Staaten?

164. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD)

Wo sieht die Bundesregierung Unterschiede bzw. Parallelen zwischen der Deklaration und dem Aktionsprogramm über arabisch-afrikanische Zusammenarbeit – insbesondere im Prinzipienkatalog, den Abschnitten über die politische und diplomatische Zusammenarbeit, die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Zusammenarbeit auf sozialem, kulturellem und schulischem Gebiet, der wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit – und den angekündigten Institutionen der afro-asiatischen Zusammenarbeit zur KSZE-Schlußakte?

165. Abgeordneter
Hansen
(SPD)

Wir beurteilt die Bundesregierung die im „Stern“ Nr. 13 vom 17. März 1977 geschilderten Vorgänge in der „Colonia Dignidad“ in Chile und das Verhalten der deutschen Botschaft?

**B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien
sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren
schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung
gebeten wurde**

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Warum hat Bundeskanzler Schmidt den sowjetischen Regimekritiker Amalrik nicht persönlich empfangen, während US-Präsident Carter mit dem sowjetischen Regimekritiker Bukowski ein Gespräch geführt hat, und muß diese Absage an Amalrik eventuell gesehen werden als Reaktion auf sein Interview mit der „Bild“-Zeitung, in dem er die Ansicht vertreten hat, daß sich die Deutschen in ihrer Nachgiebigkeit gegenüber Moskau „mit falschen Hoffnungen selbst eingeschläfert“ und „den Gedanken an die Wiedervereinigung aufgegeben“ hätten, „um Ruhe vor den Sowjets zu haben“, diese jedoch letztlich „die ‚Finnlandisierung‘ ganz Europas“ erstrebten?
2. Abgeordneter
Hauser
(Krefeld)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, das von ihr gemeinsam mit der niedersächsischen Staatskanzlei und der IG-Chemie, Papier, Keramik in Auftrag gegebene Gutachten zu Fragen der Strukturpolitik zu veröffentlichen, nachdem bislang in der Presse gewisse Ergebnisse dieses Gutachtens bekannt wurden, die ein zumindest sehr unterschiedliches Echo ausgelöst haben?
3. Abgeordneter
Hauser
(Krefeld)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, zu den Empfehlungen dieses Gutachtens, insbesondere zu den vorgeschlagenen Instrumenten eines Sachverständigenrats zur Begutachtung der längerfristigen sektoralen und regionalen Strukturentwicklung sowie der Etablierung eines Wirtschafts- und Sozialausschusses auf Bundesebene in Weiterentwicklung der konzertierten Aktion ihre Stellungnahme abzugeben?
4. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß das Bundeskanzleramt gemeinsam mit der niedersächsischen Staatskanzlei und der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik Auftraggeber ist für ein Gutachten zu Fragen der politischen, sozialen sowie wirtschaftlichen Risiken und Chancen unterschiedlicher Steuerungsinstrumente zur Lösung von Problemen der Strukturkrisen und längerfristiger Arbeitslosigkeit?
5. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung gegebenenfalls darüber Auskunft geben, aus welchen Gründen es zu einer gemischten Auftragsvergabe gemeinsam mit einer Gewerkschaft gekommen ist, welchen Anteil die betreffende Gewerkschaft am Gesamtauftrag hat, und ob die Bundesregierung bereits häufiger derartige Formen der gemischten Auftragsvergabe gewählt hat?
6. Abgeordneter
Gerlach
(Obernau)
(CDU/CSU) Wie hoch war die Gesamtauflage und die Leserzahl der Tageszeitungen und Zeitschriften, in denen die Bundesregierung die unter V. 1. der Gründe des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 (2 BvE 1/76) als verfassungswidrig festgestellten Anzeigen veröffentlichen ließ?

7. Abgeordneter
Gerlach
(Obernau)
(CDU/CSU)
- Wie hoch war die Leserzahl der Tageszeitungen, denen in 7,5 Millionen Exemplaren das unter V. 2. a) aa) der Gründe des Urteils des Bundesverfassungsgericht vom 2. März 1977 (2 BvE 1/76) genannte Faltblatt beigelegt wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

8. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD)
- Inwieweit sind an die Stelle von Berufskonsulaten Honorarkonsulate getreten, bei denen Beamte des Auswärtigen Amtes konsularische Tätigkeiten ausüben, und ist vorgesehen, länderweise zu prüfen, in welchem Umfang diese Maßnahmen erweitert werden können?
9. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung es für gerechtfertigt, daß die Tätigkeit eines für diesen Zweck beurlaubten deutschen Lehrers an einer deutschen Schule im Ausland nach den geltenden Rentenversicherungsgesetzen als „Beschäftigung im Ausland“ angesehen und deshalb für die Dauer der Tätigkeit an einer deutschen Auslandsschule eine Nachversicherung nicht vorgenommen wird, sofern der betreffende Lehrer aus dem Beamtenverhältnis ausscheidet, da eine „Beschäftigung im Ausland nicht der Versicherungspflicht in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung unterliegt“, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus?
10. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung die in Frage 9 bezeichnete Bestimmung nicht als eine der zu beseitigenden Benachteiligungen deutscher Lehrer an deutschen Auslandsschulen gegenüber z. B. Beamten des auswärtigen Dienstes, wie sie auch bei der Verweigerung des Wahlrechts für deutsche Lehrer im Ausland zum Ausdruck kommt?
11. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um Deutschen, die an deutschen Schulen oder deutschen kulturellen Einrichtungen im Ausland arbeiten, die rechtliche Gleichstellung mit den Angehörigen des auswärtigen Dienstes und deutschen Mitarbeitern bei internationalen oder europäischen Institutionen zu gewähren, und welche Gründe standen dem bisher entgegen?
12. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- In welcher Weise hat die Bundesregierung die den Deutschen durch kommunistische Regierungen vor enthaltenen Menschenrechte während der Sitzungswochen der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf zur Sprache gebracht?
13. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Welche UN-Übereinkommen hat die Bundesrepublik Deutschland bisher nicht gezeichnet bzw. ratifiziert, und aus welchen Gründen?
14. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Welche vom Europarat aufgelegten Übereinkommen hat die Bundesrepublik Deutschland bisher nicht gezeichnet bzw. ratifiziert, und aus welchen Gründen?

- | | |
|---|---|
| 15. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß in früheren Jahren die Volksrepublik Polen 400 000 deutsche Aussiedler ausreisen ließ, ohne damals die ihnen nach dem freiheitlichen deutschen innerstaatlichen Recht zustehende Zuerkennung des Vertriebenenstatus zu beanstanden? |
| 16. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU) | Welche kulturellen Beziehungen gibt es gegenwärtig zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Ostblockstaaten (UdSSR, Polen, CSSR, Ungarn, Rumänien und Bulgarien)? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|--|--|
| 17. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) | Welche Alternativen zur Errichtung einer Kernenergieaufbereitungsanlage und Atommülldeponie außerhalb der Bundesrepublik Deutschland hat die Bundesregierung bisher geprüft, und welche Möglichkeiten in dieser Hinsicht zieht sie noch in Betracht? |
| 18. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) | Weshalb hat die Bundesregierung für die Eintragung von Geburtsorten in Pässe, die für Reisen in die Volksrepublik Polen benötigt werden, in ihrem Runderlaß (BMI vom 22. 12. 76—22. 1—125. 308—29) nicht beachtet, daß der Abtretungstag für Ost-Oberschlesien nicht der 11. November 1918 (Inkrafttreten des Waffenstillstands), sondern der 12. Juli 1922 (Abtretungstag) war, und ist sie zu einer Änderung des oben genannten Runderlasses bereit? |
| 19. Abgeordneter
Vogel
(Ennepetal)
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, ob Informationen zutreffen, daß die Vereinigungskirche (Mun-Sekte) die Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts beantragt habe, und das Ergebnis ihrer Prüfung mitzuteilen? |
| 20. Abgeordneter
Vogel
(Ennepetal)
(CDU/CSU) | Falls die Informationen zutreffen, ist die Bundesregierung bereit, alle ihr zur Verfügung stehenden Unterlagen und Kenntnisse über die Vereinigungskirche, die für die Beurteilung des Antrags von Bedeutung sein können, der für die etwaige Verleihung zuständigen Behörde mitzuteilen? |
| 21. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung Behauptungen aus Kreisen deutscher Umweltschützer, daß die Sicherheitsvorschriften für den Bau von Kernkraftwerken in Frankreich weniger streng seien als in der Bundesrepublik Deutschland, und daß sich aus dieser unterschiedlichen Strenge der Sicherheitsbedingungen Gefahren für die deutsche Bevölkerung im Grenzgebiet zu Frankreich ergeben? |
| 22. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß von Umweltschutzgruppen in Frankreich umgekehrt behauptet wird, daß sich Gefahren für die französische Bevölkerung aus der Tatsache ergeben, daß die deutschen Sicherheitsbestimmungen weniger streng gefaßt sind als die französischen, und kann man diesen Dissens dahin gehend erklären, daß bei unterschiedlicher Ausgestaltung der französischen und deutschen Sicherheitsbestimmungen im einzelnen der Grad der Sicherheit von Kernkraftwerken in beiden Ländern etwa gleich hoch zu veranschlagen ist, oder bestehen im Endergebnis wesentliche qualitative und quantitative Unterschiede? |

23. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für sachlich vertretbar und mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz für vereinbar, daß Beamte verschiedener Besoldungsgruppen, z. B. der Besoldungsgruppe A 5, die nach dem 30. November 1973 in den Ruhestand traten, bei sonst gleichen rechtlichen Voraussetzungen (Ernen- nungszeitpunkt, Beförderungszeitpunkt, Dienst- alter) eine geringere Pension erhalten als Kollegen, die vor dem 30. November 1973 (u. U. sogar vor- zeitig) in den Ruhestand traten, und wie beabsich- tigt die Bundesregierung, diese Schlechterstellung auszugleichen?
24. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Wie viele Tote und Verletzte gab es in Ausübung des Drachenflugsports in den letzten Jahren, und welche gesetzlichen oder anderen Maßnahmen hält die Bundesregierung für notwendig, um weitere Unfälle bei dieser Flugsportart möglichst einzu- schränken?
25. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Gehört nach Auffassung der Bundesregierung zu den Kontrollaufgaben der Datenschutzbeauftragten und -aufsichtsbehörden die Benachrichtigung der Betroffenen, wenn Verstöße gegen das Bundesdaten- schutzgesetz ohne deren Wissen aufgedeckt werden, um gegebenenfalls eine Strafverfolgung durch die Betroffenen zu ermöglichen?
26. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU)
- Wieviel Atomkraftwerke sind in der Sowjetunion, der Volksrepublik Polen, der CSSR und der DDR bereits in Betrieb, in Bau, in fortgeschrittener Pla- nung?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

27. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, und wenn ja, was hat sie bisher unternommen, um die Rechtsvorschriften des öffentlichen Dienstleistungsbereichs zumindest im Verantwortungsbereich des Bundes an das Gesetz zur Regelung des Rechts der allgemeinen Geschäfts- bedingungen anzupassen?
28. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU)
- Welche Vorschriften des öffentlichen Dienstlei- stungsbereichs kommen nach Ansicht der Bundes- regierung im einzelnen für eine derartige Anpassung in Betracht, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diese Anpassung auch außerhalb ihres unmittelbaren Verantwortungsbereichs bei Ländern, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Unternehmungen herbeizuführen?
29. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung die Aussage vom General- bundesanwalt Buback im Zusammenhang mit dem neuesten Spionagefall bestätigen, daß bald „der Punkt erreicht sein“ könne, „wo unsere Handlungs- fähigkeit gelähmt ist“, nachdem „in einer so guten Lage wohl selten ein Geheimdienst“ wie der Ost- Berlins gewesen sei, und ist die Bundesregierung bejahendenfalls bereit, die notwendigen Gegenmaß- nahmen zu ergreifen, zumal auch SED-Chef Ho- necker erklärt hat, daß „die DDR weit bessere Agen- ten als die Bundesrepublik“ habe?

30. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die von arabischer Seite deutschen Firmen aufgezwungenen Israel-Boykotterklärungen ungeachtet der Mißbilligung durch die Bundesregierung und ungeachtet der §§ 4, 40 Abs. 2 des Beurkundungsgesetzes, § 14 Abs. 2 der Bundesnotarordnung in ständiger Praxis von deutschen Notaren beglaubigt und von deutschen Gerichtspräsidenten überbeglaubigt werden, so daß diese Behörden laufend Einnahmen aus dem Israel-Boykott erzielen, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, auf eine gemeinsame Aktion der Landesjustizverwaltungen hinzuwirken, mittels derer die genannten Behörden auf die Bedenken gegen diese Praxis hingewiesen werden?
31. Abgeordneter
Wüster
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung in der Errichtung von Zentralen Meldestellen für Kindesmißhandlungen eine Möglichkeit zur Überwindung des derzeit herrschenden Zuständigkeitswirrwarrs bei Meldungen über Kindesmißhandlungen, und ist sie gegebenenfalls bereit, solche Initiativen zu unterstützen oder selbst anzuregen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

32. Abgeordneter
Schmöle
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung tatsächlich der ihr zugeschriebenen Ansicht, daß das „öffentliche Programm für Zukunftsinvestitionen“ auf Seiten der Gemeinden aus Kreditmarktmitteln finanziert werden solle, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun, daß durch eine solche Finanzierungs politik die teilweise schon bedenkliche Verschuldung der Städte und Gemeinden weiter erhöht wird, und wie will die Bundesregierung die Gemeinden an diesem Programm beteiligen, die keine ausreichende Neuverschuldung mehr vornehmen können?
33. Abgeordneter
Dr. Kreile
(CDU/CSU)
- Sind die Gründe, die die Bundesregierung 1973 für die Streichung des Abzugs von Schuldzinsen als Sonderausgaben angeführt hat, nämlich „der angestrebte konjunkturelle Effekt“ einer „Dämpfung der Nachfragesteigerung“ nach ihrer Auffassung auch heute noch gegeben, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung, falls sie dies verneint, vorschlagen?
34. Abgeordneter
Dr. Waigel
(CDU/CSU)
- Auf welchen Betrag schätzt die Bundesregierung die Kosten, die den Betrieben in der Bundesrepublik Deutschland durch die Einbehaltung und Abführung der Lohnsteuer, Kirchensteuer und der Sozialabgaben entstehen?
35. Abgeordneter
Dr. Waigel
(CDU/CSU)
- Auf welchen Betrag schätzt die Bundesregierung die Kosten, die den Betrieben in der Bundesrepublik Deutschland durch statistische Erhebungen für staatliche Stellen entstehen?

36. Abgeordneter
Hauck
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß deutsche Grenzspeditionen, die als Hauptverpflichtete im Rahmen des Zollgutversands beim grenzüberschreitenden Warenverkehr in der Europäischen Gemeinschaft (EG) tätig sind oder deutsche Abgangszollstellen, keine oder nur eine ungenügende Amtshilfe von den Bestimmungszollstellen aus Frankreich, Großbritannien und Italien bei Nachforschungen nach dem Verbleib des Zollguts wegen Ausbleibens des Rückscheins erhalten, und was kann die Bundesregierung tun, um bei Beschwerden sicherzustellen, daß die in der EG verbindlich geregelte Amtshilfe von den Mitgliedern eingehalten wird?
37. Abgeordneter
Hauck
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, an sie herangetragenen Einzelfällen nachzugehen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu helfen?
38. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, bei der Durchführung des von ihr angekündigten mittelfristigen Investitionsprogramms die kleinen und mittleren Unternehmen und auch die strukturschwachen und konjunkturell benachteiligten Gebiete bevorzugt zu berücksichtigen, um damit etwas an sektoralen und regionalen Schwachstellen zu verbessern?
39. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung nicht ebenfalls der Meinung, wie sie im Programm zur mittelfristigen Wirtschaftspolitik von der Europäischen Kommission vertreten und vom Europäischen Parlament unterstützt wird, daß alles getan werden muß, um die Wirtschafts- und Währungsunion voranzubringen, weil sonst die Bemühungen um Vollbeschäftigung und Stabilität in der Europäischen Gemeinschaft nicht zu verwirklichen sind?
40. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Wie hoch ist, bezogen auf das Bruttosozialprodukt 1977, der Staatsverbrauch auf allen öffentlichen Ebenen insgesamt und aufgeteilt auf diese Ebenen?
41. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Wie hoch ist der Staatsverbrauch in der vorstehenden Unterteilung absolut und prozentual im Verhältnis zum Umsatzsteueraufkommen (einschließlich Einfuhrumsatzsteuer) mit Umsatzsteuer belastet, und welche Mehrbelastung ergibt sich für die öffentlichen Ebenen, wenn der Umsatzsteuersatz von 11 auf 13 v. H. bzw. von 5,5 auf 6,5 v. H. erhöht wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

42. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) Treffen die von Presse und Fernsehen im Rahmen der Diskussionen um die Kernenergie getroffenen Feststellungen zu, daß die Uranvorräte schneller verbraucht sind als das Erdöl, und wenn ja, welches verbindliche Zahlenmaterial liegt der Bundesregierung darüber vor?
43. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Auf Grund welcher Erkenntnisse kommt die Bundesregierung zu der Schlußfolgerung (meine Anfrage, Teil B, Nr. 74 Drucksache 8/129, Antwort am 2. März 1977), daß „auch der Bau von zusätzlichen

Leitungen, insbesondere nach Süden, wie er für einen Stromtransport bei einer Leitungskonzentration im Ruhrgebiet erforderlich wäre, bereits heute auf Schwierigkeiten unter anderem aus Gründen des Landschaftsschutzes stößt“, und was ist zu unternehmen, um gegebenenfalls die Hindernisse, die vorhanden sind, zu beseitigen?

44. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über den Einsatz von Steinkohlenkraftwerken im süddeutschen Raum, und ist es wirtschaftlich nicht sinnvoller, Strom anstelle von Kohle in den süddeutschen Raum zu transportieren?
45. Abgeordneter
Rühe
(CDU/CSU) Was unternimmt die Bundesregierung gegen Dumpingpraktiken der Sowjetunion, die den bestehenden Seeverkehr zwischen Hamburg und Marokko, der durch die Oldenburg-Portugiesische Dampfschiffs-Reederei und die marokkanische Schifffahrtsgesellschaft durchgeführt wird, gefährden?
46. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) In welchem Umfang wurde die Wärmeschutzverordnung zum Energieeinsparungsgesetz mit Verbänden und betroffenen Firmen vor endgültiger Abfassung besprochen, und wie erklärt es sich dann, daß beim Einsatz fugendichter Fenster für die Heizung ein Raumleistungsverhältnis von 4 cbm pro kW vorgeschrieben ist und dies die Aufstellung von dezentralen Heizungssystemen entscheidend behindert?
47. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) In welchem Umfang wird durch die Wärmeschutzverordnung insbesondere in § 1 der Einsatz von Gasheizungssystemen in Zukunft verhindert, weil durch die vorgeschriebenen fugendichten Fenster die notwendige Luftmenge nicht mehr für die Gasheizung zur Verfügung steht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

48. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung angesichts der sich immer mehr ausbreitenden Tollwut in Landkreisen, die an die CSSR grenzen, darauf hinwirken, daß in der CSSR, aus der diese Seuche durch erkrankte Tiere offenbar eingeschleppt wird, die erforderlichen Gegenmaßnahmen ergriffen werden?
49. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung in den letzten zwei Jahren ergriffen, um eine wirksamere Kontrolle der Importe für Obst und Gemüse gemäß den Bestimmungen des Lebensmittelrechts sicherzustellen?
50. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die obligatorische Intervention von Backweizen auch zukünftig anzuwenden, und welche vorbereitenden Arbeiten hat sie hierzu gegebenenfalls in die Wege geleitet?
51. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Welche exakten Kriterien müssen, sofern die fakultative Intervention von Backweizen eintritt, geschaffen werden, nach denen sich alle am Markt Beteiligten richten können vor allem im Hinblick auf Preise und Termine?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

52. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Praxis die Richtlinien des Bundesarbeitsministers zur Gewährung von besonderen Leistungen zur Förderung der Mobilität vom 10. November 1976 beruflich nicht qualifizierten Jugendlichen — hier vor allem den Schulabgängern — nur selten zugute kommen, da dieser Personenkreis mit Ausnahme des § 5 Abs. 1 Nr. 1 a. a. O. die Leistungsvoraussetzungen nicht erfüllen kann, und was gedenkt sie zu tun, den Schulabgängern den Start ins Berufsleben zu erleichtern?
53. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß § 6 Abs. 1 des Schwerbehindertengesetzes — nach dieser Vorschrift zählen als Arbeitsplätze u. a. alle Stellen, auf denen Auszubildende und andere zu ihrer beruflichen Bildung Eingestellte beschäftigt werden — ausbildungsfähigen Betrieben, insbesondere aber solchen des Handwerks, die durch eine Einstellung von Auszubildenden beschäftigungspflichtig gem. § 4 würden, keinen Anreiz gibt, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen, und ist sie bereit, im Interesse der zahlreichen ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen dazu beizutragen, die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen, indem sie § 6 Abs. 1 entsprechend ändert?
54. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Gewährung von Unterhaltsgeld gem. § 44 Abs. 2 a des Arbeitsförderungsgesetzes in Höhe von 58 v. H. des um die gesetzlichen Abzüge, die bei Arbeitnehmern gewöhnlich anfallen, verminderten Arbeitsentgelts im Sinne des § 112 in vielen Fällen nicht ausreicht, einen angemessenen Lebensunterhalt zu bestreiten und daher eine große Anzahl fortbildungswilliger Arbeitnehmer, die die Voraussetzungen des § 44 Abs. 2 nicht erfüllt, von einer zweckmäßigen und notwendigen beruflichen Fortbildung Abstand nimmt, zumal das Unterhaltsgeld in nicht wenigen Einzelfällen nicht einmal die Sätze der Sozialhilfe erreicht, und wenn ja, wird sie den § 44 Abs. 2 a ändern und damit die berufliche Fortbildung erleichtern?
55. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß § 46 Abs. 1 des Arbeitsförderungsgesetzes die Zeitsoldaten benachteiligt, da diese nicht innerhalb der letzten drei Jahre vor Beginn der Maßnahme mindestens zwei Jahre lang eine die Beitragspflicht begründende Beschäftigung ausgeübt haben und auch nach § 46 Abs. 2 kein Unterhaltsgeld beziehen können, und war diese Benachteiligung gegebenenfalls beabsichtigt, und welche Begründung hatte die Bundesregierung dafür?
56. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU)
- Welche Zusammenarbeit besteht zwischen Institutionen der Bundesregierung und der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen?

57. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU)
- Hat ein Schwerbeschädigter, der nach § 176 c der Reichsversicherungsordnung der gesetzlichen Krankenversicherung beitrifft und zum Zeitpunkt des Beitritts zwar arbeitsunfähig ist, aber in einem Arbeitsverhältnis steht, Anspruch auf Krankengeld nach dem Wegfall der Gehaltsfortzahlung durch den Arbeitgeber, und wenn nein, wird die Bundesregierung entsprechende Konsequenzen ziehen?
58. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung die Absicht, ihren Gesetzentwurf über die Sozialversicherung der selbständigen Künstler und Publizisten (Künstlersozialversicherungsgesetz — KSVG) in der 8. Legislaturperiode im Deutschen Bundestag einzubringen, und bis wann ist gegebenenfalls mit der Einbringung zu rechnen?
59. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Forderung der Industrie- und Handelskammer Coburg nach Einführung eines anerkannten Ausbildungsberufs als „Näherin in der Polstermöbelindustrie“ zu unterstützen und das in ihrem Zuständigkeitsbereich dafür Notwendige zu tun, um damit zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit beizutragen und ausbildungswilligen Jugendlichen eine praktische Berufsausbildung zu ermöglichen?
60. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Ist es angesichts der Tatsache, daß für die akademische Ausbildung jährlich riesige Beträge von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt werden, um für einen kostenlosen Ausbildungsbetrieb zu sorgen, mit der Gleichbehandlung der Bürger zu vereinbaren, daß die Kosten der Lehrlingsausbildung voll vom Betrieb getragen werden müssen, und wäre es nicht gerecht, wenn wenigstens ein Teil der Kosten den Ausbildungsbetrieben ersetzt wird?
61. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß eine große Zahl von mittelständischen Betrieben bei der Einführung der Berufsausbildungsabgabe aus Kostengründen die Lehrlingsausbildung aufgeben müssen, weil die Kosten der Ausbildung plus Ausbildungsabgabe weit höher liegen als die Unterstützung aus dem Berufsausbildungsabgabefonds?
62. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit von Gesetzen über den Beruf des Rettungssanitäters sowie über den Krankentransport, und wann ist bei positiver Beurteilung mit der Vorlage neuer Entwürfe zu rechnen?
63. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die Förderungsmöglichkeiten von Existenzgründungen für Interessierte besser darzustellen?
64. Abgeordnete
Frau Dr. Lepsius
(SPD)
- Kann die Bundesregierung verbindlich mitteilen, welche Beträge aus der Heiraterstattung nach § 83 des Angestelltenversicherungsgesetzes für Angestellte und nach § 1304 RVO für Arbeiterinnen von 1954 bis zum Auslaufen der Vorschriften über Beitragserstattungen bei Heirat weiblicher Versicherter nach dem Finanzänderungsgesetz 1967 insgesamt ausgezahlt wurden?

65. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD)
- Ist es der Bundesregierung möglich, anhand der Beitragserstattung bei Heirat weiblicher Versicherter, Angaben über den Gesamtbetrag des bei den Versicherungsanstalten (BVA, LVA) stehengebliebenen Arbeitgeberanteils zu machen, und welche Höhe würde dieser Gesamtbetrag bei entsprechender Dynamisierung der Renten zum gegenwärtigen Zeitpunkt erreichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

66. Abgeordneter
Möllemann
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Stadtgebiet von Marburg trotz anders lautender Vorschriften wiederholt dem Fluglärm von tieffliegenden Düsenflugzeugen ausgesetzt ist, und daß darüber hinaus die Zieldarstellung für den Ausbildungs- und Übungsbetrieb der Einheiten der Tannenberg-Kaserne gefährdet wird?
67. Abgeordneter
Möllemann
(FDP)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese Verstöße durch Piloten nicht nur der Luftwaffe der Bundeswehr zu unterbinden, um den Schutz der Marburger Bevölkerung, vor allem der vielen Patienten in den Universitätskliniken am Ort, vor unzulässiger Lärmbelästigung zu gewährleisten?
68. Abgeordneter
Koblitz
(SPD)
- Bestehen die Befürchtungen der Belegschaft des Heeresinstandsetzungswerks 800 in Jülich zu Recht, daß seitens des Bundesverteidigungsministers die Stilllegung dieses Werks betrieben wird, und ist sich der Bundesverteidigungsminister darüber im klaren, was dies für die Arbeitsmarktsituation in diesem Raum bedeuten würde?
69. Abgeordneter
Koblitz
(SPD)
- Aus welchen Gründen ist vom Bundesverteidigungsminister im Heeresinstandsetzungswerk 800 in Jülich ein Stopp für alle baulichen Maßnahmen einschließlich der Ausbildungsstätte verhängt worden, und warum werden nur solche Investitionen davon ausgenommen, die der Erhaltung der baulichen Substanz dienen?
70. Abgeordneter
Zeyer
(CDU/CSU)
- Wie weit ist der Grunderwerb für die Panzerteststrecke des Heeresinstandsetzungswerks 860 St. Wendel gediehen, und bis wann kann mit dem Beginn der Bauarbeiten für die Teststrecke gerechnet werden?
71. Abgeordneter
Zeyer
(CDU/CSU)
- Welche Mittel stehen in diesem und in den kommenden Jahren für den Bau der Panzerteststrecke zur Verfügung, und bis wann ist mit der Fertigstellung zu rechnen?
72. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen wird durch die Bundesregierung einem wehrpflichtigen Studenten die Zurückstellung vom Wehrdienst dann verweigert, wenn er innerhalb der vorgesehenen Frist von einem halben Jahr nach dem Abitur sein Medizinstudium in Rumänien aufnimmt, nachdem er von keiner Universität in der Bundesrepublik Deutschland die Zulassung zum Studium erhalten hat?

73. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Sinne der ursprünglich gegebenen Zusagen, auf die Dienststellen der amerikanischen Streitkräfte dahin gehend einzuwirken, daß die An- und Abflugschneisen der auf dem Flugplatz Giebelstadt stationierten Hubschrauber so gelegt werden, daß sie nicht über dicht bevölkertes Wohngebiet führen, um die Belästigung der Einwohner so gering wie möglich zu halten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

74. Abgeordneter
Dr. Vohrer
(FDP)
- Warum blieb es bislang der privaten Initiative eines einzelnen Arztes überlassen, Arzneimittelpreisvergleiche in Form des Transparenztelegramms aufzustellen, um der Ärzteschaft die Einbeziehung des Kostenfaktors bei ihrer Verschreibungspraxis zu ermöglichen, obwohl die Bundesregierung hierfür das Bundesgesundheitsamt als schlagkräftige Institution zur Verfügung hätte stellen können?
75. Abgeordneter
Dr. Vohrer
(FDP)
- Bis wann können die Empfehlungen der laut Kabinettsbeschluß vom Oktober 1975 einzusetzenden Transparenzkommission beim Bundesgesundheitsamt nach Ansicht der Bundesregierung frühestens kostendämpfende Wirkungen entfalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

76. Abgeordneter
**Dr. Schmitt-
Vockenhausen**
(SPD)
- Gibt es im Verantwortungsbereich des Bundes eine Sammelstelle, die Daten über Verkehrsverstöße ausländischer Lkw-Fahrer, auch wenn sie nicht verfolgt werden, festhält, weil sich in der Bevölkerung der Eindruck verstärkt, daß gegen ausländische Lkw-Fahrer nicht genügend vorgegangen wird?
77. Abgeordneter
**Dr. Meyer
zu Bentrup**
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung in ihr angekündigtes kreditfinanziertes Investitionsprogramm als dringende Straßenbauinvestition den Ausbau der Bundesstraße B 66 n in Bielefeld-Hillegossen und des Kreuzungspunkts mit der Bundesautobahn sowie der Verlängerung der B 66 n als Umgehungsstraße bis zur Stadtgrenze aufnehmen?
78. Abgeordneter
**Dr. Meyer
zu Bentrup**
(CDU/CSU)
- Wann ist mit einer Entscheidung über diese Bau-
maßnahme zu rechnen?
79. Abgeordnete
**Frau
Dr. Walz**
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung statistisches Material darüber, in welchem Umfang die an vielen Unfällen beteiligten Kraftradfahrer auch die Verursacher der Unfälle sind, und ist gegebenenfalls daran gedacht, in der Schadenstatistik neben der Unfallbeteiligung künftig auch die Unfallverursachung aufzunehmen, und welche Konsequenzen könnte dies möglicherweise für die Kfz-Versicherungen haben?

80. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) Wie verteilen sich die von der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost nach Angaben der Bundesregierung in den Jahren 1975 und 1976 angebotenen zusätzlichen Ausbildungsstellen regional auf die einzelnen Arbeitsamtsbereiche?
81. Abgeordneter
Peiter
(SPD) Ist die Bundesregierung unter der Voraussetzung, daß das Land Rheinland-Pfalz sich beteiligt, bereit, ebenfalls einen Betriebskostenzuschuß zur Verlängerung der Fahrzeiten der Rheinfähre zwischen St. Goarshausen und St. Goar (Verbindung B 42—B 9) bis zum Bau der geplanten Rheinbrücke zu übernehmen?
82. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) Ist die Bundesregierung auf Grund des Rechtsstreits um die Eintragung des Empfangsgebäudes des Bahnhofs Frankfurt (Main)-Süd in die vorläufige Denkmalliste bereit, sicherzustellen, daß vor Veränderungen an Bauten der Deutschen Bundesbahn die Beteiligung der Denkmalschutzbehörden im Sinne einer gutachtlichen Stellungnahme nach den jeweiligen Landesgesetzen gegeben ist?
83. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung die Schwierigkeiten bekannt, die sich aus dem Wochenendfahrverbot für Lastkraftwagen in der Hauptferienzeit für den Transport leicht verderblicher Güter wie zum Beispiel Frischobst und -gemüse vom Erzeuger zum Verbraucher ergeben, und ist die Bundesregierung bereit, diesen Schwierigkeiten durch eine Verbesserung der Regelungen über die Erlangung von Ausnahmegenehmigungen abzuhelpen?
84. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung insbesondere bereit, die Möglichkeit der Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für Lastzüge und Sattelaufleger, wie sie für den Transport von Frischmilch gegeben wird, auszudehnen auf den Transport auch anderer leicht verderblicher Güter wie zum Beispiel Frischobst und -gemüse?
85. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminenhof)
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung die Absicht, dem Antrag der Bundesbahndirektion Hannover auf Auflösung des Bundesbahnbetriebsamts Emden zu entsprechen, oder ist sie bereit, mit Rücksicht auf die katastrophale Arbeitsmarktlage im Raum Emden einerseits und im Hinblick auf das durch Industrieansiedlung und Bau des Dollarthafens zu erwartende stärkere Verkehrsaufkommen, die Erhaltung des Bundesbahnbetriebsamts Emden anzuordnen?
86. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminenhof)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Zielvorgabe des Bundesverkehrsministers zur Neuordnung der Mittelinstanz der Deutschen Bundesbahn dahin gehend zu beeinflussen, daß neben den Aspekten des Verkehrs (notwendige Schwerpunktbildung usw.) auch strukturpolitische Argumente zur Entscheidung herangezogen werden, und falls ja, ist sie dann nicht mit mir der Auffassung, daß es unter Umständen richtiger ist, andere Verwaltungen nach Emden zu verlegen, als das Bundesbahnbetriebsamt Emden dem Bundesbahnbetriebsamt Oldenburg zuzuordnen?

87. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Frankreich bei der theoretischen Führerscheinprüfung das Fach Energieersparnis zu den Prüfungsfächern zählt, und ist sie gegebenenfalls bereit, auf Grund der dort gewonnenen Erfahrungen auch in der Bundesrepublik Deutschland dieses Prüfungsfach einzuführen?
88. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, Mittel im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen dafür zur Verfügung zu stellen, daß die BAB A 98 als einbahniger Neubau von Singen-Nord bis Bietingen (Schweizer Grenze) in der Dringlichkeit I a zusammenhängend gebaut werden kann, damit die zur Zeit noch vorgesehene Lücke zwischen Singen-Nord und Hilzingen geschlossen wird und der verkehrspolitische Wert dieses Autobahnneubaus zum frühestmöglichen Zeitpunkt in vollem Umfang erreicht wird?
89. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)
- Sind Informationen zutreffend, daß durch Unfälle aller Art nach einer Untersuchung des Wirtschaftswissenschaftlers Stefan Jokl der Bundesrepublik Deutschland alljährlich ein volkswirtschaftlicher Schaden in Höhe von 50 Milliarden DM entsteht, und aus welchen Anteilen setzt sich dieser Gesamtschaden zusammen?
90. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Welches sind die Voraussetzungen, unter denen der Bundesverkehrsminister beim Ausbau der Bundesstraße 29 im Bereich Remshalden zwei Anschlußstellen genehmigen könnte, und wäre in diesem Zusammenhang die Abstandsvergrößerung zwischen den West- und Mittellanschlüssen, wie sie im abgelehnten Planentwurf enthalten sind — etwa durch Wegfall der Westanschlußrampen in Richtung Schwäbisch-Gmünd —, ausreichend?
91. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, der Errichtung einer Lärmschutzvorrichtung im Zuge der Bundesstraße 42 entlang der angrenzenden Siedlung des Stadtteils Neuwied-Block zuzustimmen, nachdem der Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Rheinland-Pfalz die Berechtigung der Anliegerbeschwerden anerkannt hat?
92. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, im Sinne des im Bundesraumordnungsprogrammes formulierten Grundsatzes der „dezentralisierten Konzentration“, beim Bundesbahnvorstand darauf hinzuwirken, daß bei der Konzentration von zwei Bahnmeistereien im Bereich der Bundesbahndirektion Essen der bisherige Standort Betzdorf/Sieg beibehalten wird, damit die Bedeutung dieses zentralen Orts nicht weiter geschwächt wird?
93. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU)
- Bis wann kann damit gerechnet werden, daß alle Bürger, auch alte oder behinderte, bei Zügen der Deutschen Bundesbahn ein- oder aussteigen können, ohne hierzu besonders turnerisch ausgebildet zu sein?
94. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß die Deutsche Bundesbahn zumindest auf den Haupt- und Umsteigebahnhöfen Elevatoren für Behinderte zum Ein- und Aussteigen bereitstellt?

95. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Welches sind die Gründe, die die Bundesregierung veranlassen, mit dem Hinweis, daß die Abgeordneten nach Vorliegen konkreter Vorschläge zu den einzelnen Streckenabschnitten der Deutschen Bundesbahn „selbstverständlich die entsprechenden Informationen erhalten“ werden (Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages 8/16, Anlage 50), meiner konkreten Frage auszuweichen, ob die Abgeordneten des Deutschen Bundestages vor der Fertigstellung endgültiger Entwürfe der Staatssekretärskonferenz zum Streckennetz der Deutschen Bundesbahn zum Schicksal der durch ihren jeweiligen Wahlkreis führenden Bahnstrecken angehört werden, und muß dieses Ausweichen als Ablehnung der Durchführung solcher Anhörungen verstanden werden?
96. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Wie kommt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf meine Fragen B 122 und 123 (Drucksache 8/129) zu der Feststellung, daß durch den abschnittweisen Ausbau der A 96 und der A 98 der Bevölkerung der von Ortsdurchfahrten betroffenen Städte Wangen, Leutkirch und Isny sowie der Gemeinde Aichstetten/Altmannshofen keine besonderen Verkehrsgefahren drohen, angesichts der Tatsache, daß diese abschnittweise Fertigstellung nicht nach der Priorität vorhandener Engpässe sondern jeweils im Anschluß an bereits fertiggestellte Autobahnabschnitte erfolgt, so daß nach der Lebenserfahrung die 1979 vorhandenen durchgehenden Autobahnverbindungen bis Ferthofen bzw. bis Weitnau einen unverhältnismäßig größeren Verkehrsstrom als bisher auf die B 18 bzw. B 12 leiten werden?
97. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, wegen der Bahnlinie Grafenwöhr–Eschenbach (Bundesbahndirektion Nürnberg) in Verhandlungen mit den betroffenen Kommunen einzutreten mit dem Ziel, den Güterverkehr auf dieser Strecke aufrechtzuerhalten, nachdem sich der Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab und die Wirtschaft des Raums bereit erklärt haben, für einen Zeitraum von fünf Jahren jeweils 10 000 bzw. 7 000 DM für die erforderlichen Reparaturen des dortigen Bahnkörpers zur Verfügung zu stellen?
98. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Welche Überlegungen oder Planungen gibt es zur Zeit bei der Deutschen Bundesbahn für die nächsten sechs Jahre bezüglich der Arbeitsplätze im Raum Weiden, das heißt, wo und bis wann muß nach dem Abzug des Bundesbahnbetriebsamts mit weiteren Einsparungen durch Rationalisierung und Konzentration gerechnet werden?
99. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Welche Überlegungen gibt es bei der Deutschen Bundesbahn, um den einschneidenden Abbau von Arbeitsplätzen im Bereich der Bundesbahn Weiden wenigstens teilweise wieder wettzumachen, das heißt, ist die Deutsche Bundesbahn bereit, Maßnahmen zu treffen oder wenigstens intensive Überlegungen anzustellen, durch welche die durch Rationalisierung und Konzentration dem Zonenrandgebiet verlorengegangenen Arbeitsplätze wieder zu schaffen, wenn ja, wo und in welchem Zeitraum?

100. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um eine bessere Unterbringung und pädagogische Betreuung der Auszubildenden in der Ausbildungsstelle Gelsenkirchen-Buer der Deutschen Bundespost zu gewährleisten?
101. Abgeordneter
Damm
(CDU/CSU) Welche Kosten entstehen bzw. sind entstanden für die Vorbereitung und Einrichtung der Versuche mit dem Acht-Minuten-Takt im Telefonverkehr?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

102. Abgeordneter
Ibrügger
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß z. B. im Land Nordrhein-Westfalen bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt den Bewilligungsbehörden auf Kreisebene keine Verfahrensvorschriften für die Antragstellung und Bewilligung vorliegen, und kann davon ausgegangen werden, daß wegen fehlender Antragsmöglichkeiten die Durchführung von Modernisierungsmaßnahmen im Jahr 1977 hinausgezögert wird?
103. Abgeordneter
Ibrügger
(SPD) Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um eine zügige Erarbeitung von Durchführungsbestimmungen für die Anwendung des Wohnungsmodernisierungsgesetzes in den Ländern zu fördern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

104. Abgeordneter
Leicht
(CDU/CSU) Steht den Seminaren, die die Europa-Union Deutschland im Verband der Aktion Europäischer Föderalisten unter Gymnasiasten durchführt und die durch das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen gefördert werden, ein Interesse der Jugend gegenüber, und wie stark werden sie besucht?
105. Abgeordneter
Leicht
(CDU/CSU) Wie hat sich das Interesse der Jugend an deutschlandpolitischen Veranstaltungen entwickelt, und wie sehen die Perspektiven des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen für die Zukunft aus?
106. Abgeordneter
Curdt
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, mit der Regierung der DDR Verhandlungen mit dem Ziel der Öffnung des Grenzübergangs Duderstadt für den Waren- und Güterverkehr aufzunehmen?
107. Abgeordneter
Curdt
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Öffnung des Grenzübergangs Duderstadt für den Waren- und Güterverkehr zugleich auch zu einer wirtschaftlichen Stärkung des eigenen Grenzraums führt und die strukturellen Schwierigkeiten lindern hilft?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

108. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU) Welche genauen Daten liegen der Bundesregierung vor, die den Schluß zulassen, daß nach Retortenversuchen der ERDA Öl aus Ölschiefer auf derzeitiger Basis der derzeitigen Ölpreise wirtschaftlich gewonnen werden kann, nachdem die Bundesregierung mir in ihrer Antwort auf meine Frage über Energieversorgung durch Kohlehydrierung (Drucksache 8/86, Fragen 69 und 70) antwortete, daß „Flüssigprodukte aus Kohle etwa noch doppelt so teuer wie entsprechende Mineralölprodukte“ seien?
109. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU) Welche Investitionskosten wären für den Beginn des Abbaus und die wirtschaftliche Verwertung von Ölschiefer im Raum Schandelah notwendig?
110. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU) Welche Umweltschutzmaßnahmen wären nach bisherigen Erkenntnissen für den Abbau und die Aufbereitung der Ölschiefervorkommen im Raum Schandelah notwendig?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

111. Abgeordneter
Rühe
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung mitteilen, aus welchen Gründen der von ihr für den 1. Dezember 1976 zugesagte Bericht über eine gemeinsam mit den Ländern koordinierte Auswertung und Dokumentation des Modellversuchsprogramms im Bildungswesen noch nicht vorgelegt wurde, und wann mit seinem Erscheinen gerechnet werden kann?
112. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU) Welche Lehren sind nach Ansicht der Bundesregierung aus amerikanischen Erfahrungen zu ziehen (vgl. General-Anzeiger vom 24. Februar 1977), nach denen eine lange Phase „verwissenschaftlichen“ Unterrichts u. a. eine steigende Zahl von Analphabeten hervorgebracht hat?
113. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Ansicht vieler Fachleute in In- und Ausland, durch die Verwissenschaftlichung des Unterrichts würden gerade die lernschwächeren Schüler benachteiligt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

114. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das von dem ghanesischen Gelehrten Professor Ofosu-Appiah geleitete Projekt einer afrikanischen Enzyklopädie im Rahmen der Entwicklungshilfe oder einer wissenschaftlichen Zusammenarbeit zu fördern?

Bonn, den 18. März 1977